

Bezugspreis:

Bezugspreis: 1. - 12. monatl. 2. - 12. frei ins Haus...

Anzeigenpreis:

Die abendliche Sonntagsausgabe kostet 1.50 RM...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 19. September 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Die Folge des Säbelregiments.

Lothringen für die 3. Internationale.

Nach den Konferenzen von Ober- und Unterelsaß hielten nun auch die Sozialisten von Lothringen ihre überaus stark besuchte Konferenz zur Vorbereitung der politischen Lage ab.

bergwerke und des gesamten elsäß-lothringischen Eisenbahnwesens ein.

Nach einem kurzen einseitigen Referat des Redakteurs des lothringischen Parteiorgans, Pierra, über die dritte Internat....

Zum Schluß ihrer Konferenz erheben die Versammelten noch den allerdrücklichsten Protest gegen die Mißwirtschaft in der lothringischen Industrie...

Freiwilligenperre für das Baltikum.

Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“: Wie die „Tilsiter Zeitung“ meldet, ist die östpreussische Grenzlinie nun für in Deutschland angeworbene Freiwillige vollständig gesperrt.

Estnisch-russische Friedensverhandlungen.

Wie der „Telegraphen-Union“ amtlich mitgeteilt wird, durchfuhr am 16. September 17.30 Uhr die estnische Friedensdelegation die estnische Front.

Fiume völlig abgeschnitten.

Die italienischen Zeitungen können wieder eigene Nachrichten über die Vorgänge in Fiume, die bisher der Genur unterworfen waren, veröffentlichen.

Die Lebensmittelzufuhren vom Meer und auf dem Landwege sind für Fiume nunmehr völlig abgeschnitten.

D'Annunzio erklärt in einem Manifest an die italienische Presse, daß die von der „Agenzia Stefani“ verbreiteten Nachrichten falsch seien.

Die Wiener Kohlenkrise.

Wiener Blättern zufolge teilte der Bürgermeister mit, daß der tägliche Ausfall durch die Einstellung des Straßenbahnverkehrs 700 000-800 000 Kronen betragen wird.

Ein Bergarbeiterausstand.

Nach 18. September. (Havag.) 10 000 Bergleute des Kohlenbergwerks Klein-Rossein sind in den Ausstand getreten.

Ein Werk der Völkerveröhnung.

In Genf fand nach der Schweizerischen Depeschen-Agentur am Mittwochabend eine von deutschen, französischen, italienischen, österreichischen, türkischen und serbischen Kriegsteilnehmern besuchte Versammlung statt.

Deutsche Kohlen für Paris. Aus Paris wird gemeldet: Der Pariser Gemeinderat beschloß, zu Minister Loucheur eine Abordnung zu senden, mit der Bitte, der Gemeinde zu gestatten, eine Kohlenmine unter Kontrolle der Gemeindebehörde sehen zu lassen.

Die Abstimmung der Schweizer.

Die Schweizer Partei hat seit mehreren Jahren den Ruf erhalten, besonders radikal zu sein. Ihr Parteitag hat sich von der 2. Internationale losgesagt und die Führer drängten darauf, den Anschluß an die 3. Internationale in Moskau zu vollziehen.

Die Schweizer Partei befindet sich danach augenblicklich in einer seltsamen Lage: Sie gehört keiner Internationale an, aber die logische Folgerung aus diesem Abstimmungsergebnis muß der Wiedereintritt in die 2. Internationale sein.

Im übrigen ist die Schweizer Abstimmung ein erneuter Beweis dafür, wie leicht zum äußersten Radikalismus neigende Führer sich über die wirkliche Befinnung der Massen täuschen.

In der Schweiz war es den kommunistischen Führern ebenfalls gelungen, den Eindruck zu erwecken, als schwimme die gesamte sozialistische Schweizer Arbeiterchaft im Fahrwasser der Bolschewisten.

„Futterkrippen“-Märchen.

Die Pressestelle des Staatskommissariats für Schlesien und Westpreußen teilt mit: Der Weidener Korrespondent des „A.“ veröffentlicht in Nr. 204 des „Abend“ eine Meldung, nach der in ganz Oberschlesien sich Proteststimmungen des Zentrums und der deutschnationalen Volkspartei gegen die Parteiwirtschaft der Sozialdemokratie erheben.

Das Münchener Urteil.

Das Schuldburteil gegen die Münchener Geiselmörder, das an der Spitze der Besetzung zu finden ist, besteht zu recht. Ihre Tat, ihr Verbrechen ist vor den Augen aller anständig Denkenden — gleich welcher Partei — gerichtet.

Das gilt doppelt im Münchener Falle, weil die Erschießung der Geiseln nicht einmal als ein politischer Mord angesehen werden kann, bei dem das Moment der Politik im Vordergrund steht.

Es widerstrebt dem Gefühl, Leute, die ihre Schuld schwer büßen werden, noch persönliche Gefälligkeiten und Beschimpfungen nachzuwerfen.

Gerade mit der Person der Angeklagten wird man sehr schnell fertig sein. Die Leute, die im Luitpold-Gymnasium die starken Männer gespielt hatten, machten auf der Anklagebank herzlich schlechte Figuren.

Freilich waren es nur die ausführenden Werkzeuge, die Handlanger, die auf der Anklagebank saßen. Die geistigen Väter der Tat waren in diesem Prozeß nicht zugegen.

Wegen der Erschießung Levinés ist seinerzeit die Berliner Arbeiterchaft in einen Proteststreik eingetreten. Wir sind prinzipiell Gegner der Todesstrafe, wir billigen auch heute die Erschießung Levinés nicht und möchten bei dieser Gelegenheit den Wunsch ausdrücken, daß das sechsfache Schuldburteil gegen die Hauptangeklagten nicht vollzogen werde.

Die Geiselerchießung ist ein Produkt der Rätediktatur und des Rädeterrors nach russisch-bolschewistischem Muster. Das muß hier mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden.

Zuges als „Außenminister der Räterepublik Bayern“ der Schweiz und Württemberg den Krieg erklärte, weil sie ihm keine Eisenbahnwagen lieferten!

Solche Zustände sind die notwendige Folge eines Programms, das glaubt, man könne am Tage des Waffensieges den ungeheuren Schwierigkeiten und komplizierten Regierungsapparat mit einem Ruck in Trümmer schlagen und schon im nächsten Augenblick einen anderen gleichwertigen an seine Stelle setzen. Ein System, das so verfährt, wird und muß immer die gleiche Folgeerscheinung zeitigen: Es bringt in die politischen Stellen die radikalsten Wortemacher, die verabschiedeten Spekulanten, die strupellosten Stellenjäger; zu Soldaten gewinnt es die rohsten, gewalttätigsten und verbrecherischsten Elemente.

Wer wahllos das Volk bewaffnet, indem er jedem Beliebigen ein Gewehr gibt, der erzeugt automatisch die Horde des Luitpold-Gymnasiums.

Es ist schwer, über diese Gesellschaft keine Satire zu schreiben. 90 Mann beim Eisenempfang und bei der Lösung, 30 Mann, wenn Dienst getan werden soll. Ihr eigener Führer Schillhofer weiß auf die Frage, was denn die Leute nun eigentlich dort gewollt hätten, nur die Antwort: „Nauben und stehlen molliert's!“ Gewiß waren auch ein paar Idealisten dabei. Aber welche elende Rolle mußten die spielen! Einer nach dem andern hat auf dem Zeugenstand bekundet, daß jeder, der für das Leben der Geiseln zu reden wagte, der zur Ruhe und Vernunft mahnte, äußerster Gefahr lief, selber mit an die Wand gestellt zu werden. — Der Idealist, der aus veranntem Fanatismus an die rohe Gewalt appelliert, wird die Geister nicht mehr los, die er gerufen. Nicht sie sind seine Werkzeuge, sondern er wird von ihnen verlorcht und in die Erde gestoßen, wenn er an die Ideale appelliert, in deren Namen man doch zusammengekommen sei.

Willen- und talentlos mußten die wenigen gestifteten Führer der Horde das Feld räumen, denen die Erziehung nicht einmal grausame Pflicht, sondern sensationeller Reiz, eine rohe Volksbelustigung war. Kein Wort reicht aus, um die Szenen bei der Einrichtung selber zu charakterisieren, wo Dornen lästern aus dem Fenster zuschauen und Fensterkreuze prahlend sich der serfenden Wirkung ihrer Schüsse rühmen.

Ein Abgrund hat sich uns gezeigt. Es ist der Abgrund des Chaos, des Niedergangs und der sittlichen Verrohung, in den die Räterepublik hinabführt. München ist nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was Rußland im großen zeigt. Mit Recht betont Kautsky in seinem Buche über „Terrorismus und Kommunismus“, daß es „die schlimmste aller Illusionen“ sei, zu glauben, daß eine Diktatur ohne Gewalttätigkeit auskommen könne.

Wie friedfertig ihre Ansichten sein mögen, wie groß ihr Wille, durch die Diktatur nur die Kraft zu positiver Arbeit zu gewinnen, es wird bald, nachdem sie ihr Regime angetreten, von ihrem diktatorischen Schabernack nichts übrig bleiben als die Gewalttätigkeit.

Die organisierte sozialistische Arbeiterschaft lehnt diese Gewaltmethoden ab, die trotz der lockenden Verheißungen der kommunistischen Apostel überall zu dem traurigen Ziel geführt haben, das der Münchener Seifelmord-Prozess enthüllt hat. Sie hält es mit ihrem alten Lied, sie kämpfen nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren, sie vertrauen auf des Geistes Macht und des Rechts Banner.

Betriebseinstellung des Drägerwerks.

Wie aus L. u. E. gedrahtet wird, wird nunmehr das Drägerwerk auf seinen Betrieb einstellen. Die größeren Fabriken L. u. E. erklärt sich bereit, einen Teil der Arbeiter des Drägerwerks aufzunehmen. Dadurch wird wahrscheinlich der Generalstreik vermieden werden. Es verlautet, daß der Betrieb des Drägerwerks in einiger Zeit wiederaufgenommen wird.

Kaufmann von Kriegsgefangenen. Gestern morgen trafen etwa 1000 Kriegsgefangene im Winterlager ein, die u. a. von Major Karmie als Vertreter des Kriegsministeriums begrüßt wurden.

Die Demokratisierung der Staatstheater.

Nach der Novemberrevolution wurden die ehemals königlichen Theater, in denen bis dahin ein völlig absolutistischer Betrieb herrschte, vom Staat übernommen. Diese Übernahme bedeutete zugleich die Anerkennung eines demokratischen Kulturprogramms. Bis dahin waren die Theater zum Vergnügen des Hofes und zur Unterhaltung des Stammpublikums geführt worden. In der neuen Republik waren sie in den Dienst des Volkes zu stellen. Freilich wurde die Durchführung dieses Programms durch zahlreiche innere und äußere Schwierigkeiten gebremst und verzögert. Nachdem nun aber die Zuständigkeit des Kultusministers anerkannt, die langwierige Frage der Satzungen geregelt und die Wahl der künstlerischen Leiter erfolgt ist, kann endlich an die Erleichterung der Staatstheater für die bisher ausgeschlossenen Volksmassen herangetreten werden. Es bedarf keiner besonderen Begründung mehr, daß in Volkstaaten die aus allgemeinen Mitteln unterhaltenen Millionenzuschüsse erfordernden Staatstheater nicht länger privilegierten Luxusveranstaltungen bleiben können. Inzwischen haben sich auch die Berliner Theaterkonsumenten eine eigene Organisation geschaffen, um ihre Interessen in dieser und anderen Fragen wirksam zu vertreten. Der Aktionsausschuß für künstlerische Veranstaltungen der Arbeiterschaft, in dem die beiden Volkstheater, die gesamten Gewerkschaften, die Bildungsausschüsse und die Presse der beiden sozialistischen Parteien vertreten sind, hatte seine Forderungen bei den Staatstheatern geltend gemacht.

In einer Sitzung, die am Mittwoch im Kultusministerium zwischen den Vertretern dieses Ministeriums, den beiden Leitern der Staatstheater und den Vertretern des Aktionsausschusses stattfand, wurden die Pläne zu einem demokratischen Ausbau der Staatstheater eingehend besprochen. Neben die Ziele herbeizuführen, nur ist die Bewirkung der weitgehenden Pläne, die sowohl im Interesse der Arbeiterschaft wie der Künstler liegen, an Voraussetzungen, besonders materieller und technischer Art, geknüpft, die augenblicklich leider nicht zu verwirklichen sind. Man einigte sich auf ein Programm, das alsbald zur Durchführung gelangen soll. Herr von Schilling stellt für die Oper neben den bereits erprobten Sonntags-Nachmittagsvorstellungen die Veranstaltung von künstlerischen Morgenfeiern an Sonntagsvormittagen in Aussicht. Die Sonntags-Nachmittagsvorstellungen, die vorläufig aus technischen Gründen nur jeden zweiten Sonntag möglich sind, sollen zu Einzelspreisen von 3 M. stattfinden. Es wird daneben geplant, in Zukunft auch vollständige Abendvorstellungen zu veranstalten, indes ist die finanzielle Befähigung dadurch so groß, daß für den Ausfall ein Ersatz eventuell durch Extravortellungen mit erhöhten Preisen nötig wäre. Herr von Schilling hält aber die Lösung der Frage in dem einen Opernhause, das zudem als Rangtheater gebaut ist, mit Recht nicht für möglich. Der Betrieb einer großen Oper ist so kostspielig, daß er, wirklich dem Volke zugänglich gemacht, ein Mißverhältnis ergeben würde. Es könnte aber recht gut mit dem großen Personal eine zweite Oper betrieben werden, die ausschließlich dem Volke dienen möchte.

Auch Herr Jesner verlangte für die Durchführung seiner vollenständlichen Pläne ein zweites Haus. Es ist projektiert, die früher

Wenn sie regieren.

Das Schimpfen auf die Regierung ist bisher die Haupttätigkeit der Unabhängigen gewesen. Dort aber, wo sie regieren müssen, sehen sie nicht nur davon ab, sondern betteln die ihnen untergeordneten Bevölkerungskreise um ihr Vertrauen an. Wir lesen da in der „Neufischen Tribune“, dem Organ der Unabhängigen, folgendes Urteil über die Tätigkeit der U. S. P. im Reich:

Die organisierte Arbeiterschaft läßt sich durch solche wertvollen Mittel nicht beeinflussen. Aber es liegt klar auf der Hand, daß die ununterbrochene Dege gegen die Regierung und der andauernde Appell an die niederen Instanzen unkontrollierbare und unverantwortliche Personen auf den Plan locken und zu Ausschreitungen gegen Behörden verleiten können. Die Folge davon würden Pländereien und Gewalttätigkeiten sein und der (reaktionäre) „Heimatbote“ und seine geistige Elite würden dann in den höchsten Löhnen der Entrüstung über die talentlose Regierung zittern. Deshalb seien alle ehrlichen Bevölkerungskreise, alle Geschäftleute und Handeltreibenden, die Interesse an geordneten Verhältnissen haben, vor den unaussprechlichen Folgen der Hegeorien des „Heimatboten“ ausdrücklich gewarnt!

Die Neufische „Tribüne“ fällt hiermit ein vernichtendes Urteil über ihre unabhängigen Schwestern im Reich. Vielleicht wird aber noch einmal ihre Ansicht zum Allgemeingut der unabhängigen Presse wie Partei werden.

Beamtenfragen.

Während die Handarbeiter mit dem 9. November 1918 ihre grundlegenden Forderungen auf Anerkennung ihrer Organisationen und Freiheit der politischen Betätigung im wesentlichen unter Dach und Fach gebracht hatten, begann erst in der Beamtenschaft mit diesem Tage der Freiheitskampf. Es bildeten sich Beamtenräte und Angestelltenausschüsse, zuerst auf revolutionärer Grundlage, dann aber von der Regierung anerkannt. Ueber die Bezeugnisse herrschte allenthalben Unklarheit. Je nach den Widerständen erreichte man bei dieser Behörde mehr, bei jener weniger. Der Kampf wickelte sich nicht immer in den hergebrachten Formen ab. Mißgriffe kamen vor, und gerade dort am meisten, wo reaktionäre Vorgehensweisen mit allem Hochmut der alten Zeit und mit allen Machtmitteln des bald sechzig Jahre alten Disziplinargesetzes jede freierliche Bewegung im Keim erstickten wollten.

In den ersten Monaten hielten sich diese Kreise noch ebenso vorsichtig zurück, wie sie es am 9. November 1918 getan hatten. Aber bald witterten sie Morgenluft. Und so kam es, daß sich in der letzten Zeit in den verschiedensten Zweigen der Staatsverwaltung die Versuche häufen, unbehagene Beamte durch Maßregelungen beiseite zu schieben. Es handelt sich nicht immer um Beamte, für die man sich persönlich einsetzt würde. Manchmal haben sich eben diese Beamten etwas zu weit vorgewagt. Aber sie waren vielfach durch Maßnahmen der Vorgesetzten erbittert und haben meist für die Beamten- und Angestelltenchaft wertvolle Erfolge erzielt. Wenn in der freierlichen gestimmten Beamtenchaft noch ein Funke von Ehrgefühl lebt, so ist es ein Gebot der Selbstachtung, diese Beamten jetzt nicht im Stich zu lassen.

Kuherdem ist es politisch höchst unflug, derartige Märtyrer zu schaffen. Zur Durchdringung der Staatsverwaltung mit demokratischem Geist muß Ruhe geschaffen werden. Unter das Bergangene muß ein Strich gemacht werden. Oder soll, wie im Falle Lehmann, andauernd in jedem einzelnen Falle persönlich eingeschritten werden? Aus allen Teilen Deutschlands und aus allen Gebieten der Staatsverwaltung gehen fortlaufend Nachrichten ein, daß man jetzt die Vorkämpfer der Bewegung zu maßregeln sucht. Nach dem alten Disziplinargesetz erklären dann meist unsere Genossen in der Regierung mit einem bedauernden Achselzucken, in ein kämbendes Verfahren könnten sie nicht eingreifen; die Sache sei ja sehr bedauerlich, aber . . . u. s. m.!

So kann es nicht weitergehen. Es bleibt nichts übrig, als alle Beamten zu amnestieren, die in den ersten sechs Monaten der Revolution in politischem Eifer zu weit gegangen sind. Mögen davon auch reaktionäre Beamte profitieren. Gleichviel, es muß Ruhe geschaffen werden. Es muß an den Aufbau gegangen werden. Schon haben wir in der Beamtenchaft schöne Erfolge erzielt, und wenn die Beamtenchaft sieht, daß ihre auf demokratischer Grundlage gewählten Vertrauensleute in der Zentralarbeitsgemeinschaft für Beamte Hand in Hand mit dem Parteivorstand und den Fraktionen an der Sicherung und Wahrung der politischen Rechte der Beamten arbeiten, so wird von unten herauf der neue Geist in die Staatsverwaltung einziehen.

Es handelt sich meist um Männer im reifen Alter, die, durchdrungen von der Bedeutung der Demokratisierung der Staatsverwaltung, den Schutz der politischen Rechte der Beamten für ihre Lebensaufgabe ansehen. Was uns jetzt nottut, ist, die noch lauen und unentschiedenen Schichten in der Beamtenchaft aufzuwecken. Die sozialdemokratischen Beamten dürfen sich durch Angriffe, ob sie von rechts oder von links kommen, nicht von ihrem Weg abbringen lassen. Es wird ein harter Kampf, wie ihn vordem die Handarbeiter in den Fabriken geführt haben. Aber es gilt ein hohes Ziel. Das dringendste ist neben dem Amnestiegesetz der gesetzliche Schutz der Beamtenräte, entsprechend dem § 14 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 für Angestelltenausschüsse. Beide Gesetzentwürfe werden voraussichtlich schon in der nächsten Woche die Fraktionen der Mehrheitsparteien beschäftigen.

Die Autonomie Oberschlesiens.

Der 16. Ausschuß der Preussischen Landesversammlung behandelte in seiner Donnerstag-Sitzung zunächst die Frage der Erörterung einer selbständigen Provinz Oberschlesien in zweiter Lesung. Zunächst gab die Mitteilung der „Vollständigen Zeitung“ über eine Konferenz der Reichsregierung mit der Preussischen Regierung in der ober-schlesischen Frage Veranlassung zu Erörterungen der Regierungsvertreter, daß eine solche Konferenz nicht stattgefunden habe. Minister Heine sprach sich in scharfer Weise über diese Art Information der Presse aus. Man könne nicht verstehen, wie Herr Minister Erzberger den Pressevertretern erklären könne, daß die Durchführung der ober-schlesischen Dinge im Handumdrehen gemacht werden solle, obwohl die Preussische Regierung verschiedentlich darauf hingewiesen habe, daß die Gesamtdurchführung nicht so rasch erfolgen könne. Es handelt sich hier wieder um eine von Stellen der Reichsregierung ausgehende Handlung, die die Presse vor vollendete Tatsachen stellen solle. Die Vorlage des Entwurfs, die den Beratungen zugrunde liegt, wurde in den ersten Paragraphen einstimmig angenommen. Bei dem Paragraphen 4 stellte sich die technische Unmöglichkeit der Durchführung in dieser Form heraus, weshalb eine Unterkommission mit der Forderung einer neuen Fassung beauftragt wurde.

Was geht in Osnabrück vor? Zu dieser Notiz in der Nr. 477 des „Vorwärts“ wird uns mitgeteilt, daß die Angelegenheit auf eine Mißsprache der Vertrauensleute der Einwohnerwehr mit dem General Hülfs zurückzuführen ist. Die Einwohnerwehr besteht nur aus bürgerlichen Elementen. Das Nachtkommando besteht aus Einheimischen, jedoch aus Proletariern. Das Nachtkommando hat auf das schärfste gegen das Eingreifen der Reichswehrbrigade 3 Stellung genommen. Es sollte also ein Ausgleich versucht werden.

Manne über Bord. Der frühere erste Vorsitzende des Buchhändlerverbandes Emil Klotz ist leider während des Krieges um seinen politischen Verstand gekommen. Schon in den letzten Monaten des Jahres 1918 produzierte er sich mit nationalistischen Artikeln in der „Königlichen Rundschau“, und jetzt ist er bei der „Deutschen Tageszeitung“ angelangt, wo er mit antisemitischen Schimpereien abgelagert. Diese Verirrung eines einst verdienstlichen und einsichtigen Genossen ist sehr zu bedauern. Sogleich lohnt es nicht mehr, sich mit seiner Bogrombeide auseinanderzusetzen. Es bleibt nur noch übrig, ihn schleunigst aus der Partei zu entfernen, damit er seinen Unwillen wenigstens nicht länger als „Sozialdemokrat“ bezogeln kann.

Krollische Bühnen wieder in Betrieb zu setzen. (Die Volkshäuser, die sich für dieses Projekt interessiert, ist evtl. bereit, aus eigenen Mitteln den Ausbau des Krollischen Establishments vorzunehmen, wenn ihr dafür die Inbetriebnahme des Hauses mit dem Personal des Schauspielhauses gestattet wird.) Herr Jesner hält es aber auch für möglich, inwieweit ausföhrungsweise in Sälen an der Peripherie von Berlin Aufführungen ohne große Ausstattung zu veranstalten. Leider spielt aber auch bei den vollständigen Veranstaltungen im Schauspielhaus selbst die Krollenfrage eine entscheidende Rolle. Es sind nur 35 Proz. des Lichtverbrauches von 1918 gestattet. Sollen die Nachmittagsvorstellungen, die jeden Sonntagvormittag stattfinden werden, durchgeführt werden, so wird eine Erhöhung dieses Quantum unbedingt erforderlich sein. Kuherdem sind Jugendvorstellungen an den Mittwochnachtsmittagen geplant, vorzüglich für die höheren Klassen der Gemeindeschulen. Vor allem soll auch am Montagabend das Schauspielhaus für Volksvorstellungen zur Verfügung gestellt werden, wenn die finanzielle Frage gelöst werden kann. Auch Herr Jesner wird Sonntag-Morgenfeiern veranstalten und hat bereits einen Plan von acht Veranstaltungen aufgestellt, der je viermal wiederholt werden und die Wendepunkte in der Entwicklung des deutschen Geisteslebens behandeln soll.

In den weiteren Verhandlungen, an denen auch der Minister teilnahm, wurde immer wieder auf die entscheidende Bedeutung der finanziellen Frage hingewiesen, aber auch betont, daß eine Erweiterung des Betriebes ein besseres ökonomisches Ergebnis bedeute. Die Ausgaben sind besonders infolge der Erhöhung der Löhne u. s. w. von 4 600 000 M. auf 8 028 000 M. gestiegen. Das Defizit wird am Ende dieses Jahres an 3 Millionen Mark ausmachen. Die Einführung einer Volksvorstellung an einem Abend in der Oper würde im Jahre 1/2 Million Mark weiteres Defizit ergeben.

Die Vertreter des Aktionsausschusses, die die Volksvorstellungen in den Staatstheatern organisieren werden, waren sich darüber klar, daß dies vorläufige Programm nur eine Abschlagszahlung bedeuten kann. Die Forderungen, welche die Arbeiterschaft im Sinne erhöhter Teilnahme an den Kulturgütern stellen muß, sind so groß, daß sie von den beiden Staatstheatern allein — selbst wenn sie an allen Abenden für das Volk spielen könnten, was nur bei einem weiteren Staatszuschuß von 10 bis 12 Millionen möglich wäre — nicht befriedigt werden können. Die Demokratisierung des Theaterbesuches muß in einem umfassenden Rahmen erstrebt werden.

Wir werden ihre Ziele und Möglichkeiten in weiteren Betrachtungen erörtern.

„Luise“, Roman von Walter von Molo.

Verlag Albert Langen.

Für manches Dichters Gefühl gehörte der Roman schon nicht mehr zur Dichtung — vor allem seit grobe und laute Geister, wie die Rudolf Herzog, Walter Bloem u. a. ihre nicht eben tiefe Geistigkeit in das Gefühl der Romanen getan hatten und blinde Freunde solcher Bücher das „Dichtung“ genannt hatten. — Wenn nun Molo, der aus „Menschentum“ heraus schreiben, nur gehalten wollen, nicht aus Tendenzen heraus „Schriftstellern“, so muß der

Begriff des Romans sich notwendigerweise auch reinigen, wenn sie solche Bücher schreiben wie dieses, das kein patriotisches im früheren Sinne ist, sondern das Buch von einer Seele. Von einer Einzelseele und von einer Volksseele. Im Grunde gar kein lautes Buch, obwohl zuletzt die Kanonen von Jena darin donnern und Preußens Erniedrigung darin besiegelt wird, da die führenden (der König voran), nicht vertrauend der freierlichen Seele Steins und der instinktiv feinen Seele der „Luise“ in grotesker Blindheit sowohl die politischen Ereignisse wie die schummernden Kräfte der Volksseele verlernen. Somit ein zeitgemäßes Buch und wenn eine Königin die Heldin des Werkes ist und wenn Adelige darin viel vorkommen — unsere Zeit wird das Buch gleichwohl ertragen, mehr noch: wird es mit Gewinn aufnehmen. Wegen den einzelnen Menschen — zumal, wenn er wie hier: gut ist — braucht keine Demokratie sich erklären und Bedeutung einzelner, Größe oder Stärke im Leben oder in der Verlehnung — kann auch der freierlichste Gesinnung anerkennen.

Ja sagte: gar kein lautes Buch: antwortend an „Friedericus“ wird die Notwendigkeit des Falles Preußens dargestellt, da den wenigen, die die Notwendigkeit freierlichen Aufbaues des Volkstums aus Volkselementen heraus — erlanten, von den blinden Verwaltern freierlichlicher Kraft und Größe solche Hindernisse in den Weg gelegt werden, daß Napoleon leichtes Spiel hat, Preußen zu dupieren und schließlich zu schlagen. Und immer wieder das Ringen der Einzelseele, die mit dem Volke ringt und bangt und doch nicht helfen kann. — Technisch: Friedericus erscheint mir in der Anlage und Gestaltung doch wohl wichtiger. Manchmal hatte ich die Sorge, daß Molo (als Dichter) zu viel „Historie“ verwende; als ob er im Friedericus mehr aus der Intuition geschöpft habe als hier. Sie schwinden dann aber wieder. Jedenfalls ein Buch aus der Liebe zum und mit dem Volke; kein Heldenbuch von Königen, aber Schönheit und Größe des Schmerzes dort noch ehrend. Und schließlich auch ein Buch vom Volke, dessen erstes und lautes Erwachen sich andeutet.

Rudolf Köstler.

Koffgen.

Die Kinojücker. Wir haben keine Wohnungen in Berlin, wir haben keine Säle, um Kulturveranstaltungen zu pflegen, wir haben keine Theater für die breite Masse — aber 12 neue große Kinos wird nach der „Vollständigen Zeitung“ Berlin demnächst zählen. Im bayrischen Bierel, am Kurfürstendamm, im früheren „Hofjäger“, im Schauspiel, im Nationaltheater werden neue Kinos entstehen. Auch das Palasttheater am Joo wird Kino, das auf staatlichem Boden steht und bei dem dem Staat ein Einprüfungs- und Uebernahmerecht zusteht! Die kleineren Kinos, die überall aufstehen, sind dabei noch gar nicht gezählt.

Theater. Im Schauspielhaus wird am Freitag statt „Judith“, die „Frau von Messina“ gegeben. — Eine neue Höchstleistung eines deutschen Flugzeuges. Am 18. September stellte eines der neuesten ganz aus Metall hergestellten Junkers-Flugzeuge in Dessau einen neuen Höhenweltrekord auf. Das Flugzeug, das mit einem Motor von nur 185 PS ausgerüstet ist, erreichte mit 8 Personen 8750 Meter Höhe. Es wurde geführt von dem bewährten Flugzeugführer Monz.

Französischer Gewerkschaftskongress.

Auf dem französischen Gewerkschaftskongress, der zur Zeit in Lyon tagt, sprach **Nonnon** von der Eisenbahnergewerkschaft in Paris vorgelesen über die Stellung zum revolutionären Programm. Er fragte zuerst, warum Vertreter der Gewerkschaften an den wirtschaftlichen Kommissionen der Friedenskonferenz teilgenommen hätten. Man habe geglaubt, daß dabei etwas Gutes herauskommen könne, sich aber getäuscht; denn der Einfluß der Diplomaten sei größer gewesen als der Einfluß der Gewerkschaftsvertreter.

Der Völkerverbund habe nichts gemein mit der Arbeiterinternationalen und mit den Zielen der Gewerkschaften.

Die Theorie des Klassenkampfes sei großartig worden auf dem Altar der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung des Landes. Die Kapitalisten seien allein für den Krieg verantwortlich, und wenn sie das wirtschaftliche Leben wieder aufrichten wollten, dann sollten sie es mit ihren eigenen Mitteln tun. Wenn man dem Volksozialismus entgegenstehe, dann solle man das leichtere Dergewinn hinnehmen, denn nur durch den Zusammenbruch könne das Proletariat zur Macht gelangen. Der Redner empfahl revolutionäre Mittel.

In der Nachmittagsitzung sprach zuerst **Le Troquer** vom Standpunkt der Wehrheiter. Er will Frankreich nicht in ein Abenteuer führen. Auch Lenin und Trotski können nichts anderes, als sich an die bürgerlichen Techniker wenden, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen. Er sehe nur zwei Wege, um zur Revolution zu gelangen. Entweder man mache sie mit starken Intelligenzen, oder man mache sie mit denen, die die größten Entbehrungen ertragen müßten. Nach seiner Ueberzeugung sei der Arbeiter noch nicht genügend erzogen, und er frage jeden, ob er nicht im Laufe der fünf Kriegsjahre einen Augenblick an sich selbst gedankelt hätte.

Bourderon sprach auch für die Einigkeit. Die Leitung der Gewerkschaften der C. G. T. könne nicht dafür verantwortlich gemacht werden, daß am 21. Juli die Gewerkschaften in allen Teilen von Frankreich zu Hunderten nicht hätten mitmachen wollen. Der Zweipakt müsse aufhören. Die, die jetzt zu den Gewerkschaften kämen, kämen aus Eigeninteresse. Das soziale Ideal beruhe sie noch nicht.

Rebrier sagte, der Generallstreik allein sei die Waffe, die zur Macht führen könne. Die Arbeitshäute müßte die Regierung erfassen. Der Hauptfehler sei gewesen, daß der Generallstreik vom 1. Mai nicht gut verlaufen sei. Er sei der Ansicht, daß die arbeitende Klasse der Bourgeoisie den Krieg erklären müsse.

Jacquin, ehemaliger Anarchist, trat lebhaft für revolutionäre Propaganda ein. Man müsse zum Antimilitarismus und Antipatriotismus von dem Krieg zurückkehren und den durch den Krieg aufgeweckten Militarismus zerstören.

De Jandere führte aus, man müsse neue Männer finden, die in der Lage wären, die Bewegung so zu gestalten, daß sie die Emanzipation der Arbeiter erziele.

In der Mittagsitzung kamen fünf Anhänger der Mehrheit zu Wort, darunter der Vertreter der französischen Eisenbahner, **Hibergan**, der sich dagegen vernahmte, daß es die Eisenbahner gewesen seien, die den Demonstrationsstreik vom 21. Juli bereiteten hätten. Er trat den radikalen Elementen scharf entgegen, denn die Gewerkschaftler selbst verlangten die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern. Sie seien es gewesen, die den Minister aufgehetzt hätten, um bei dem letzten Kampf der Eisenbahner zu einer Einigung zu gelangen.

Der Rinderheiler **Monatte** machte den Führern der Gewerkschaften, namentlich **Roubaux**, den Vorwurf, daß sie zu viel Rücksicht auf die Regierung genommen hätten. Die Regierung habe den Abstammungstag bewilligt, um die revolutionäre Arbeit aufzuschieben. Er sei für eine

Vorbereitung der Weltrevolution

und trete entschieden für die russische Revolution ein. Der Vertreter der Bergarbeiter, **Bartuel**, sagte, die Niederlage vom 21. Juli sei nur möglich gewesen, weil es die Arbeiter der öffentlichen Dienste mit der Angst zu tun bekommen hätten, nachdem der Minister mit Entlassung gedroht habe.

Preussische Landesversammlung.

50. Sitzung, Donnerstag, den 18. September.

Am Regierungstisch: **Daenisch**, **Stegerwald**.
Präsident **Leinert** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten. Das Haus erklärt mit allen Stimmen gegen die Unabhängigen einen Ordnungsruf, den der Abg. **Widmann** für den Ausdruck Schickung gegen die Regierung erhalten hatte, für berechtigt.

Die Beforderung einer **Modelldienstverfassung** in Berlin, die der Abg. **Leib** (U. Soz.) in einer kleinen Anfrage rügt, wird durch den Regierungsvizepräsidenten mit einem Versehen erklärt. Der Schuldige ist zur Verantwortung gezogen worden.

Abg. **Dr. Leib** (U. Soz.) rügt in einer kleinen Anfrage die verzögerte Verlesung von Gesetzen und fordert Mahnung der schuldigen Minister wegen Verfassungsbruchs. (Große Heiterkeit links.)

Ein Regierungsvizepräsident erklärt, daß die Verlesung der Gesetze grundsätzlich sofort nach der Erledigung der erforderlichen Formalitäten geschehe. Ein Verfassungsbruch liegt nicht vor.

Die zweite Beratung des Etats wird beim Ministerium für Volkswirtschaft fortgesetzt.

Abg. **Gerber** (Dnat. Sp.) fordert zur Beschaffung von Baustoffen für Kleinwohnungen genügende Belieferung der Ziegelwerke mit Kohlen und Benennung von geeigneten Bau- und Siedlungsgenossenschaften. Ertragbauten sind nicht billiger als Regelbauten; deshalb müssen wir sobald wie möglich wieder zur Regelbauweise zurückkehren.

Abg. **Went** (U. Soz.) empfiehlt den Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik auf Befreiung eines Rahmengesetzes für die Schaffung eines Wohlfahrtsamtes, zu dem auch ein Jugendamt gehören muß.

Abg. **Brandenburg** (Soz.): Die Errichtung des Wohlfahrtsministeriums war außerordentlich notwendig. Die Unterverwaltung besteht weiter infolge der Teuerung. Das Schicksal hat es fertig gebracht, so gut wie alle Maßnahmen der Regierung wirkungslos zu machen. Nur der Seuchenbekämpfung sieht im engen Zusammenhang die Wohnungsfrage. In Berlin gibt es immer noch 600 000 Menschen, die zu fünf und mehr in einem Zimmer hausen müssen. Gegen den Luxus an großen Wohnungen wird von vielen Kommunalen nicht energig genug vorgegangen. (Hört, hört! links.) Es wird immer über den Mangel an Baumaterial geklagt, aber im Schleichhandel ist auch hier alles zu haben.

Für neue Kinos ist immer Material da, warum nicht für Wohnungen?

Mit der Wohnungsreform muß einhergehen die Schaffung von Spielplätzen und Parks, von Badeanstalten und gemeinnützigen Speisehallen. Der Redner spricht über das Schlafbüchsenwesen, die mangelhaften Schlafstätten für Dienstmädchen und ähnliche Dinge.

Auf dem Gebiete der Jugendpflege hat das Wohlfahrtsamt noch eine große Reihe von Aufgaben vor sich. Ich erinnere an die Berufsberatung und die Berufsberatung. Die Pflanzschulen für Kinder mit 25 bis 28 Hektar im Monat durchzuführen sollen, das mögen sich die Gemeindevorstände einmal überlegen. In kleineren und mittleren Städten gibt es immer noch räumliche Unterhäuser, die die Bedrängte 10 bis 12 Stunden beschäftigen. Warum gehen die Polizeibehörden dagegen nicht vor? Auch die Schlafgelegenheit der

Bedrängte ist elend. In der Zwangsunterstützung für die Kinder muß weniger mit dem Stroh und mehr mit Liebe und Güte gearbeitet werden. Das ganze Fürsorgewesen muß, soweit es geht, von der Polizei losgelöst werden.

Die Fürsorge für die Kinder

muß schon bei den Schwangeren und Müttern beginnen. Wenn das alles auch viel Geld kostet und wir arm sind, so gehört doch dieses alles zu dem Notwendigsten, das geleistet werden muß. Den Menschen zu gesunden und zu kräftigen ist die dankbare Aufgabe des Wohlfahrtsministeriums. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Frau Heßberger** (Zentr.): Niemand hat mir mehr eine einheitliche Linie in der Fürsorge für Rot und Elend gezeichnet als jetzt. Diese Aufgabe soll das Wohlfahrtsministerium erfüllen. Leider ist es nicht genügend mit Mitteln ausgestattet. Das ideale Jugendamt darf nur eine Zentralstelle sein, die Anregungen der Allgemeinheit zugänglich macht. Vor allem ist dafür zu sorgen, daß durch Berufsverordnungen unsere Jugend vor vielen Einflüssen geschützt wird. Unsere ganze Arbeit würde zwecklos sein, wenn wir es nicht erreichen, daß in einem gesunden Körper auch eine gesunde Seele wohnt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Dr. Schömann** (Dent.): Gerade, weil wir ein armes Volk geworden sind, muß die Wohlfahrtsfürsorge energisch durchgeführt werden. Die Kostenfrage darf hier keine Rolle spielen. Notwendig ist eine weitgehende Kinderfürsorge. Der Redner bespricht das Friedmannsche

Tuberkulose-Heilmittel.

Daneben dürfen natürlich die anderen Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose nicht vernachlässigt werden. Eine Anzahl von Kurorten zeigen ein durchaus unsoziales Verhalten, indem sie Preise fordern, die nur Kriegs- und Revolutionsgewinnler zahlen können. (Sehr richtig!) Die Kurorte sind nicht nur für eine Schicht der Besthenden da, sondern für die Allgemeinheit. Man sollte an eine

Sozialisierung der Kurorte

denken. (Sehr richtig!) Es bietet sich also ein reiches Tätigkeitsfeld, und das Wohlfahrtsministerium wird hoffentlich die Grundpfeiler unserer Volkskraft und Volksgesundheit. (Beifall bei den Demokraten.)

Minister für Volkswirtschaft Stegerwald:

Seit ich im Mai hier meine Programmrede gehalten habe, konnten abschließende Arbeiten nicht gemacht werden. Es sind eine Anzahl Spezialfragen erörtert worden, auf die meine Mitarbeiter später eingehen werden. Die Anregungen der heutigen Debatte werden alle wohlwollend geprüft werden. In der Frage der Bekommen und Haltefinder werden wir abwarten, bis die abschließende Anschauung der Landesversammlung vorliegt. Als dann werden wir eine

Sachverständigenkonferenz von Ärzten und Hebammen

berufen und hierauf an eine Neuordnung herantreten. Das Wohlfahrtsministerium ist ja zu einer ungünstigen Periode erachtet worden. Infolge der großen Ereignisse, die der Friedensschluß mit sich brachte, konnte nicht mit der nötigen Sorgfalt an dem Ausbau des Ministeriums gegangen werden. Dazu kamen vor allem die Schwierigkeiten in der Raumfrage. Das Ministerium braucht 150—180 Räume. Wir haben lange nach einem geeigneten Gebäude dafür suchen müssen. Schließlich hat man den Mittelbau des Herrenhauses dazu zur Verfügung gestellt. Von den drei Abteilungen, die errichtet werden sollen, sind zwei fertig: die Wohnungsabteilung und die Medizinische Abteilung. Die

Abteilung für Arbeiterwohlfahrt und Jugendpflege

ist noch nicht voll ausgebaut. Eine ganze Anzahl von Arbeiten sind in Vorbereitung. Wir hoffen, in einigen Monaten Ihnen die Pläne des Vorparlamentarismus unterbreiten zu können.

Eine ganze Reihe von Vorschlägen sind zur Ordnung der Volksgesundheit gemacht worden. Das Grundproblem ist hier eben die bessere Ernährung. Auf dem Gebiete des Wohnungswesens ist es für uns sehr schwierig, durchgreifende Neuerungen herbeizuführen.

Die Wohnungsnot ist eine internationale Erscheinung.

Aber Ursachen beruhen letzten Endes in der großen Kassennot. Es wird ja jetzt im rheinisch-westfälischen Kohlenbezirk schon wieder recht gut gearbeitet. Aber die Eisenbahnerverwaltungen und die großindustriellen Werke sind noch nicht eingedeckt. Die künftigen Bauordnungen müssen den Großstädten Licht und Luft verschaffen. Das Reich hat weitere

150 Millionen für Wohnungsbauten

zur Verfügung gestellt. Dahon entfallen 90 Millionen auf Breyhen. Den vorliegenden Anträgen auf Unterstützung wird hoffentlich stattgegeben werden können. Leider wird ein großer Teil der Forderung als internationale Erscheinung bleiben. Bestimmte Gebiete der Jugendfürsorge sollen durch Reichsgesetz nächstens erledigt werden. Frauen werden selbständige Referate im Wohlfahrtsministerium erhalten. Im nächsten Etat werden Regierungsrätinnen angefordert werden. Wir sind ein armes Volk, aber bei der Volksfürsorge darf und soll nicht gespart werden. Das Haus verlegt sich auf Freitag 12 Uhr: Eisenbahngesetze, Weiterberatung.

Schluss: 6 1/2 Uhr.

Stadtverordnetenversammlung.

Tribünenordnung. — Stürmische Polizeidebatte.

Die Sitzung leitete heute der Vortrags-Stellvertreter **Weg**, der vor Eintritt in die Tagesordnung eine schriftliche Erklärung zugleich im Namen des Vorsitzers **Dr. Went** verliest. Diese Erklärung nimmt auf die

Vorgänge in der letzten Sitzung

Bezug, in der Mitglieder der Versammlung und des Magistrats von Tribünenbesuchern andauernd in ihren Ausführungen gestört und mit wüsten Schimpfparolen beleidigt worden sind. Solche Vorgänge dürften sich unter keinen Umständen wiederholen; die Versammlung, die Repräsentantin von 2 Millionen, müsse in der Lage sein und bleiben, ihre Beschlüsse nach freier, ungehinderter Entscheidung zu fassen, und dürfe darin nicht durch einige Wenige gestört werden, welche zufällig die Tribünen besetzen. Die Vortragsredner an alle Mitglieder den dringenden Appell, den Vorstand in diesem Streifen nach jeder Richtung zu unterstützen und ihrerseits alles zu tun, um die Würde der Versammlung zu bewahren.

Überbürgermeister Vermuth bekräftigt diese Erklärung, da auch der Magistrat in der Person des Stadtrats **Simon** in ebenfals durch den Lärm der Tribüne vielfach an der Abgabe seiner Erklärungen gehindert und durch Beleidigungen niedriger Art gekränkt worden sei. Stadtrat **Simon** habe sich durch keine Tätigkeit in der Kriegswirtschaft ein hohes Verdienst erworben, der Magistrat trete geschlossen für ihn ein.

Hieran knüpft sich eine Geschäftsordnungsdebatte. **Abg. (Soz.)**: Das Verhalten der Tribünen hat und kann mehrfach bekräftigt. Wir haben früher vor allem großer Rücksicht des Vorstandes gewandt, aber vergeblich. Heute stellt sich die Linke auf einen ganz anderen Standpunkt, und darüber spreche ich meine Bedenken aus. Wir sind an diesen Vorgängen auf der Tribüne nicht feind, Widerspruch bei den U. Soz. Die Schuld trifft diejenigen, die diese Praxis haben einrichten lassen.

Cassel (Dent.): Wir hoffen, daß es der Umsicht und Tatkraft der amtierenden Vortragsredner gelingen wird, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Singer (U. Soz.): Durch die Erklärung der Vortragsredner war die Sache erledigt. Bedauerlicherweise hat Herr Koch geäußert, auch seine Ansicht zur Geltung bringen zu sollen. Die Vorgänge in der letzten Sitzung sollen den Freunden des Herrn Koch zur Last

rechnen (Soz.): Auch wir hoffen, daß solche unwürdigen Szenen nicht mehr vorkommen werden. In der letzten Sitzung waren gerade Herr Kochs Freunde hervorragend daran beteiligt, die Würde des Hauses zu verletzen.

Hierauf wird in die wiederum überreichte Tagesordnung eingetreten.

Die unenigentliche Ueberfassung der Schulaulen und Turnhallen an alle Parteirichtungen wird nach längerer Besprechung gegen die Stimmen der U. Soz. abgelehnt, die Magistratsvorlage zur Kenntnis genommen.

Abgelehnt wird schließlich auch der Antrag **Went** auf Uebernahme der Volkskassen- und Spenshallen in städtischen Betrieb; der Magistrat wird ersucht, mit der betreffenden Gesellschaft erneut zu verhandeln, um durch Zuschüsse den Betrieb der Gesellschaft zu erhalten.

Widmann (Soz.) ladet die Verammlung auf Montag mittags 1 Uhr nach dem Reichsbankplatz in Wilmersdorf zur Besichtigung der neuen Lehmstampfbauten ein.

Zur Verhandlung kommt nunmehr der Antrag **Went**: den Magistrat zu ersuchen, im Interesse der Berliner Bevölkerung bei der preussischen Regierung gegen die beabsichtigte

Militarisierung der Polizei Protokoll

zu erheben.

Dr. Rosenfeld (U. Soz.): Für diese im höchsten Maße völkfeindlichen Tendenzen ist die „scheinsozialistische“ Regierung verantwortlich. Eine solche Schutzwache des Kapitalismus, von der man die schmerzlichen Erschütterungen des öffentlichen Lebens befürchten muß, wird sich die Bevölkerung nicht gefallen lassen! (Narube rechts.)

Demokratische und sozialdemokratische Forderungen fordern den Uebergang der Sicherheitspolizei auf die Stadt bzw. neue Verhandlungen mit der Regierung über die zweckmäßigste Ausgestaltung der Sicherheitspolizei im Interesse der Berliner Bevölkerung.

Stadtrat Franz bemerkt, daß nach den Informationen des Magistrats die ganze Angelegenheit sich noch in den Vorstadien befindet.

Koblenzer tadelt es, daß die Regierung über die Sache nicht vorher mit den städtischen Körperschaften enge Fühlung genommen habe. Die Regierung müsse sich auf die breite Masse der Arbeiterschaft stützen, und es sei ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, bei einer so tief einschneidenden Maßnahme die Vertreter der Berliner Bevölkerung zu hören. Allerdings habe die Regierung alle Ursache, ihre Macht zu festigen und sich ein Instrument zu schaffen, das diese Macht repräsentiert und ihr das Regieren überhaupt erst ermöglicht. Die Verhältnisse hätten sich so tragisch gestaltet, daß eine Reorganisation der Polizei durchgeführt werden, daß eine schlagfertige Polizei da sein müsse. (Die mahnenden und warnenden Worte, die der Redner dann an die äußerste Linke richtet, werden von dieser mit lärmendem Widerspruch aufgenommen.) Wie dem früheren Schatzmann aus der Zeit seines Kaiserntums den Mangel anhaften, so und ich immer noch würde es um die Truppe stehen, die jetzt gebildet werden sollte.

Cassel (Dent.) tritt den Uebertreibungen **Rosenfelds** entgegen und hält ihm vor, daß die Bevölkerung gerade durch Elemente aus den Reihen der Unabhängigen und Kommunisten ständig mit neuen Putzsch und blutigen Straßenkämpfen bedroht werde. Erst dann werde es besser werden, wenn die unzufriedene

Krankheit des Bürgerkriegs

überwunden sei. — Gegen den Militarisierungsplan nimmt er scharf Stellung; namentlich mißfällt ihm die Kasernierung.

Dr. Alexander (Christl. Volksp.) erkennt in dem Schluß der Rede des **Dr. Rosenfeld** eine direkte Bedrohung der Bevölkerung und empfiehlt sofort ebenfalls eine

Walther (Soz. Vgl.) den Antrag, mit dem Minister des Innern in Verhandlung zu treten darüber, daß die beschriebene Sicherheitspolizei als staatliche Einrichtung unter Einführung zeitgemäher Reformen erhalten bleibt.

Im Schlußwort weist **Dr. Rosenfeld** die „wehmütige“ Bemerkung **Koblenzers**, daß sich die Sozialdemokraten immer noch als mit der äußersten Linken zusammengehörig betrachteten, als gänzlich unangenehm zurück; die Sozialdemokraten sollten sich zuvor erst auf ihr Parteiprogramm besinnen. Das Recht auf die Straße werde sich die Arbeiterschaft in Bündern und Gemaltätigkeiten das Recht der Arbeiterschaft auf die Straße? (Red.) nicht nehmen lassen; aber die bürgerlichen Rechte werde die Arbeiterschaft zur Tagesordnung übergeben.

Die Abstimmung vollzieht sich zum Teil unter unbeschreiblichem Tumult.

Der Antrag **Went** bleibt in der Minderheit, ebenso der Antrag der **Soz. Vgl.** Darauf läßt der Vortragsredner über die einzelnen vier Punkte des Antrags **Cassel** abstimmen; die bei den Verhandlungen mit dem Minister beachtet werden sollen. Der erste Punkt, die baldige Uebertragung der gesamten polizeilichen Befugnisse auf die Stadtgemeinde ist zu erörtern, fällt mit 90 gegen 10 Stimmen der U. Soz. und der Demokraten; ebenso wird der zweite Punkt, „sofern für die Uebergangszeit besondere Maßnahmen erforderlich sind, ist zu verhindern, daß die Polizeibeamten durch Absperrung von der Bürgerwehr die nötige Fühlung mit ihr verlieren“, abgelehnt. Der dritte Punkt dagegen, die Sicherheit der Bürger muß in demselben Maße gewahrt werden wie die finanziellen Interessen der Stadtgemeinde“, wird mit 54 gegen 31 Stimmen angenommen, ebenso Punkt 4: die Rechte und Interessen der Beamten der Schutzmannschaft dürfen keinesfalls verletzt, sondern sollen gefördert werden.“

Der Lärm, unter dem diese Abstimmungen vor sich gehen, setzt sich in anderen Stufen der Unabhängigen fort. Endlich kann sich **Dr. Went** Gehör verschaffen, der gegen die Art, wie die Abstimmung geleitet worden, protestiert und dem Vortragsredner den Vorwurf einer demagogischen Handhabung macht. Vortragsredner **Went** weist dies mit Schärfe zurück. Von der Redner wird Gesamtabstimmung über den angenommenen Text des Antrags **Cassel** verlangt. Ueber die Frage der Zulässigkeit einer namentlichen Abstimmung wird endlich bestritten. Die Beantwortung, daß der Vortragsredner gar nicht proklamiert habe, daß die Abstimmung über die einzelnen Nummern erfolgen solle, wird von einem Teil der Versammlung bestritten, von einer Reihe anderer Redner dagegen bestätigt. **Went** verliest den **Soz. Vgl.** Antrag, den Magistrat zu ersuchen, mit der preussischen Staatsregierung in Verhandlungen zu treten, wie die Sicherheitspolizei unter Berücksichtigung der Rechte der städtischen Selbstverwaltung und der städtischen Finanzen sowie der Rechte und Interessen der Beamten der Schutzmannschaft im Interesse der Berliner Bevölkerung am zweckmäßigsten auszugestalten ist.“

Kannem mit dieser Geschäftsordnungsdebatte fast eine Stunde verloren ist, wird eine einfache Abstimmung über den Text des Antrags **Cassel** vorgenommen, das Ergebnis ist die Ablehnung, da nur 18 Hände dafür sich erheben. — Zur Abstimmung gelangt nun der Antrag der **Soz. Vgl.** gegen die Stimmen der U. Soz. (1) die Rechte; (2) erhält. (Anmerkung der Red.: Natürlich, wenn der Antrag der **U. Soz.** durchfällt, dürfen sie beiseite nicht für den der **U. Soz.** stimmen, denn jede Meinung, die von der abweist, die sie gerade vertreten, ist falsch und verwerflich. Unpreussische Unzulässigkeit!)

Ein Antrag der **Soz. Vgl.**, den Magistrat zu ersuchen, auch bei Belegung der Rektorsstelle an der 4. Mädchenschule den Beschluß vom 26. Juni zu beenden, monach bis zur Regelung der Frage der kollegialen Schulleitung im Ministerium freizubehalten, wird nicht zu Gesetzen, wird nach längerer Aussprache angenommen.

Schluss nach 10 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

3. Verhandlungstag der Sattler und Portefeuller.
2. Verhandlungstag.

Nürnberg, den 16. September.

Die Verhandlung wurde durch die Aussprache über die Geschäftsberichte ausgefüllt. Wie auf allen diesjährigen Gewerkschaftstagungen stand auch hier der Streit der Richtungen in der Arbeiterbewegung über die Kriegspolitik der Generalkommission, den Burgfrieden und die Arbeitsgemeinschaften im Vordergrund. Ein Leipziger Antrag enthielt ein Misstrauensvotum gegen den Zentralvorstand wegen dieser Kriegspolitik. Ein Berliner Antrag ging nicht so weit, sondern verlangte nur, daß der Reichswille der Mitgliedschaft bei allen Entscheidungen der Verhandlungsleitung berücksichtigt werden müsse. Die Diskussion bewegte sich wie Verhandlungsvorbereitender Blum in seinem Schlußwort feststellte, in durchaus sachlichem Rahmen und auch die Vertreter der Opposition, wie Wehring, Düsseldorf und andere, erklärten an, daß der Vorstand auch bei den von ihnen verurteilten Maßnahmen von dem Bestreben geleitet wurde, den Interessen der Mitglieder zu dienen. Sassenbach erklärte in der Debatte, ihm sei auch von französischen Genossen bestätigt worden, daß nach der ersten Marneeschlacht Deutschland sich in der Verteidigung gegen den Vernichtungswillen der Entente regieren befunden habe. — Die Stellungnahme der Delegierten schied sich nicht nach der Parteirichtung. So trat a. B. Anfermann-Offenbach als U. S. V.-Mitglied am schärfsten seinen Berliner Parteigenossen entgegen. Unter Ablehnung aller übrigen Anträge wurde in namentlicher Abstimmung mit 25 gegen 20 Stimmen folgende von Schulze-Berlin eingebrachte Resolution angenommen:

„Der Verbandstag erkennt an, daß die Zentralleitung nach besten Kräften bestrebt war, die Interessen der Organisation und der Mitgliedschaft wahrzunehmen. Die während der Kriegszeit von den Gesamtvorständen betriebene Politik basierte auf der Ueberzeugung, daß die Niederlage Deutschlands die schwersten Folgen gerade für die Arbeiterschaft zeitigen würde und daß darum eine solche Niederlage mit allen Mitteln verhindert werden müsse. Nicht alle Maßnahmen sind vorbehaltlos gutzuheißen, sind aber zu verstehen, wenn die Verhältnisse, unter denen sie erfolgten, berücksichtigt werden. Da es nicht im Interesse der deutschen Arbeiterschaft liegen kann, sich wegen zurückgehender Dinge in nutzlosem Bruderkampf zu zerstreuen, vielmehr alle Kräfte zum gemeinsamen Kampf für die wirksame Beseitigung der gesamten Arbeiterschaft zusammenzuführen müssen, so appelliert der Verbandstag an die Gesamtmitgliedschaft, in der kollektivistischen Form zusammenzutreten. Streiktruppen tolerant nach links und rechts auszusprechen, da nur dann der Aufstieg der Arbeiterschaft gewährleistet ist.“

Sonderbare Zumutung.

In ihrer gestrigen Morgenausgabe veröffentlichte die „Freiheit“ einen Brief, den der Berliner Bevollmächtigte R u s s ch des Deutschen Metallarbeiterverbandes an den Reichsarbeitsminister Schlichte gerichtet hat. Das Schreiben, über dessen Inhalt wir in unserer letzten Nummer berichteten, legt die Ansicht der Berliner Ortsverwaltung über die Vorgänge, die zum Abbruch der Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß führten, dar. In der Einleitung wird gegen Schlichte folgender Vorwurf erhoben:

„In der Tagespresse vom Mittwoch, den 17. d. M., veröffentlichten Sie, Herr Reichsarbeitsminister, einen an den Deutschen Metallarbeiterverband gerichteten Brief. Es ist bezeichnend, daß die Berliner Tageszeitungen eher in dem Besitz des Briefes waren, wie der Deutsche Metallarbeiterverband. Uns ist der Brief erst nach den Veröffentlichungen in der Presse, am 17. September, nachmittags 3 Uhr 20 Minuten, durch besonderen Voten übermittelt worden.“

In den vom Arbeitsminister gemachten Fehler verfällt aber auch der Deutsche Metallarbeiterverband. Nachdem die „Freiheit“ den Brief am Donnerstag morgen abgedruckt hat, ist also am Mittwoch abend bereits in Händen hatte, sendet uns am Donnerstag nachmittags (Poststempel 3,40 Uhr) der Deutsche Metallarbeiterverband durch Kohrpostbrief einen Durchschlag des an Schlichte gerichteten Briefes mit dem Ersuchen um gefällige Veröffentlichung.

Wenn die Leitung des Metallarbeiterverbandes auch in allen anderen Dingen so tüchtig ist, wie in der im eigenen Interesse der Organisation liegenden Information der Presse anlässlich von Streikbewegungen, dann werden wir in nächster Zeit noch allerlei erleben können.

Die Einschränkung des Mitbestimmungsrechts.

Von maßgebender Seite wird uns geschrieben: Unter der Aufschrift „Gesetz gegen die Einschränkung des Mitbestimmungsrechts“ ist im „Vorwärts“, Nr. 406 vom 12. September 1919, eine Zuschrift der Arbeitsgemeinschaft der Angestelltenverbände veröffentlicht worden, die sich mit der Verordnung vom 3. September 1919 über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung beschäftigt und zu irrtümlicher Beurteilung dieser Verordnung Anlaß geben kann. In der Verordnung vom 24. Januar 1919 in Verbindung mit der Abänderungsverordnung vom 30. Mai 1919 war vorgeschrieben, daß vor jeder Entlassung von Angestellten die Angestelltenausschüsse gehört werden sollen. Diese Bestimmung ist vollständig in die neue

Verordnung vom 3. September 1919 übernommen, sie ist hier auch auf die Arbeiterausschüsse ausgedehnt worden für die Fälle der Entlassung von Arbeitern, wofür bisher eine entsprechende Vorschrift nicht bestand. Die in der neuen Verordnung enthaltenen Bestimmungen, nach denen die Anhörung der Arbeitnehmervertretungen bei Entlassungen infolge dauernder Betriebs-einstellungen ausnahmsweise nicht zu erfolgen braucht, stellen nur das schon von jeher geltende Recht dar. Auch nach den Verordnungen vom 24. Januar 1919 bzw. 30. Mai 1919 war eine Anhörung der Angestelltenausschüsse nicht erforderlich, wenn ein ganzer Betrieb stillgelegt wurde. In solchen Fällen konnte der Zweck der Mitwirkung, eine gerechte Auswahl unter den zu Entlassenden herbeizuführen, auch gar nicht erreicht werden, da eben alle Arbeitnehmer entlassen werden mußten. Diese schon bisher von dem Reichsarbeitsministerium vertretene Auffassung ist in der neuen Verordnung zur Vermeidung von Zweifeln ausdrücklich klar gestellt worden. Zu einer Erörterung darüber, ob durch diese Klarstellung das beim Reichsarbeitsministerium unabhängige Schlichtungsverfahren in Sachen der früheren Spandauer Gießereibetriebe im Sinne der Arbeitnehmer verschlechtert beeinflusst wird, dürfte die Presse, nicht der geeignete Ort sein, solange der Spruch des Schlichtungsausschusses noch aussteht.

Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß die neue Verordnung den Arbeitnehmern erhebliche neue Vorteile bietet. Einmal wird, wie erwähnt, das Mitwirkungsrecht bei Entlassungen auch auf Arbeiter ausgedehnt. Während früher bisher ein Wiedereinstellungsanspruch von Arbeitern nur gegenüber solchen gewerblichen Betrieben bestand, die mehr als 20 Arbeiter beschäftigten, wird in der neuen Verordnung der Wiedereinstellungsanspruch gegenüber allen Betrieben ohne Beschränkung der Arbeiterzahl und ohne Beschränkung auf gewerbliche Betriebe gegeben. Außerdem ist nunmehr durch die Bestimmungen der §§ 15 ff. die Möglichkeit einer Wiedereinstellung von arbeitslosen Kriegsteilnehmern in größeren Mengen geschaffen, eine Möglichkeit, die bisher bei weitem nicht in diesem Umfang bestanden hat. Endlich ist die Möglichkeit für zurückkehrende Kriegsgefangene und Zivilinternierte von zwei auf sechs Wochen ausgedehnt worden.

Daß die Verordnung neben einer Gewährung umfangreicher neuer Rechte an die Arbeitnehmerschaft und neben der Befestigung der Arbeitgeberseite mit neuen Lasten auch den Einfluß der Arbeitgeberbestimmungen auf die ohnehin ungünstige allgemeine Wirtschaftslage berücksichtigt und es vermeidet, zugunsten der Arbeitnehmer die Volkswirtschaft im allgemeinen zu gefährden, entspricht nur dem ständig vom Reichsarbeitsministerium vertretenen Bestreben, unter objektiver Würdigung aller Umstände einen gerechten Ausgleich zu schaffen zwischen den Forderungen und Bedürfnissen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber zum Nutzen des gesamten Volkes.

Unternehmerpraktiken.

Der Taffäter Braun im Kronencafé verfolgt, wie uns vom Deutschen Musikerverband geschrieben wird, eine eigenartige Praxis seinen Angestellten gegenüber. Nachdem er einen Teil seiner Kassenkräfte entlassen hat, sollen nunmehr auch drei Musiker auf die Straße gesetzt werden, damit der Betrieb — wie Herr Braun sich selbstlich ausdrückt — unrentabler wird und er deshalb eine geringere Miete zu zahlen braucht. Eine Taktik, die den Protest sämtlicher Angestellten des Cafés hervorgerufen hat. Was sonst übrigens der Demobilisierungskommissar zu dem Vorgehen des Herrn Braun?

Reichskonferenz der Einkassierer, Einnehmer und Kassenboten Deutschlands.

Am 24. und 25. Oktober 1919 findet in Berlin, Gewerkschaftsbau, Engelauer 14/15, eine Konferenz der Einkassierer und Einnehmer sowie Kassenboten aus den Abteilungen, Räumlichkeiten, Engros- und Einzelhändlern, Versicherungs- und Automaten-Gesellschaften, Subdirektionen und Generalagenturen Deutschlands statt.

Tagesordnung: 1. Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Einkassierer und Kassenboten sowie Einnehmer. 2. Diskussion. 3. Rindigen wir den Einnehmerentwurf? 4. Die Sozialversicherung im Versicherungs-gewerbe. 5. Welche Organisation ist für die Einkassierer, Einnehmer und Kassenboten zuständig?

Wir ersuchen die Einkassierer, Einnehmer und Kassenboten allerorts, zu der Konferenz Stellung zu nehmen und Delegationen durch ihre Organisationen an der Teilnahme. Lokale Berufsvereine laden wir hiermit ebenfalls zur Teilnahme ein. Des weiteren ersuchen wir um Angabe von Adressen der Kollegen aus den einzelnen Orten Deutschlands; Angaben über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Arbeits- oder Dienstordnungen, Mißstände im Beruf sind möglichst sofort an den Kollegen Friedrich Ludwig, Berlin N 13, Carmen-Salva-Straße 29, zu senden. Derselbe erteilt auch weitere Auskunft.

Die Agitationskommission der Einkassierer, Einnehmer und Kassenboten im Deutschen Transportarbeiterverband.

NB. Die Parteipresse wird um Abdruck gebeten.

Die Werkmeister in der Lugsuspapier-Industrie

bemühen sich seit dem 30. Juni d. J. um den Abschluß eines Tarifs. Vergeblich wurden seitens des Buchbinderwerkmeisterverbandes Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation dieser Branche, der Chromolithographischen Vereinigung, versucht. Am 11. d. M. fand nun eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß statt, wofür Herr Dir. Heymann von der Firma Heymann u. Schmidt die Erklärung abgab in eine sachliche Verhandlung nicht eintreten zu können, da die von ihm vertretene Organisation nur aus circa 8 Firmen bestände und nicht in der Lage sei, den Tarif anzuerkennen. Auch bestritt Herr Heymann dem Werkmeisterverband das Recht, namens der Werkmeister der gesamten Lugsuspapierindustrie das Mandat auszuüben. Da aber die Vollmachten der Berl-

meister von ungefähr 45 Firmen vorgelegt werden konnten, so war dieser Einwand hinfällig. Infolge der abgegebenen Erklärung der Arbeitgeber war eine Verhandlung nicht möglich, weshalb die Werkmeister ihre Beschwerte mit der Begründung zurückzogen, daß diese Vereinigung nicht die Mehrzahl der Firmen der Berliner Lugsuspapierindustrie umfasse.

In einer am 16. d. M. abgehaltenen Versammlung nahmen die Werkmeister hierzu Stellung und verurteilten einstimmig das Verhalten der Prinzipale. Es wurde festgestellt, daß im ganzen nur vier Firmen auf dem Wege glücklicher Verhandlung Gehaltsaufbesserungen zugesprochen, welche aber trotzdem nicht in allen Fällen den gestellten Mindestforderungen entsprechen. Folgende Entschliebung fand einstimmige Annahme:

„Die am 16. September tagende Versammlung der in der Berliner Lugsuspapierindustrie tätigen Werkmeister und Direktionen behauptet das geringe Entgegenkommen der Arbeitgeber. Sie verspricht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung des eingereichten Tarifs einzutreten.“

Eine ganze Anzahl Neuaufnahmen beschäftigte den Willen der uns bisher noch nicht angeschlossenen Kollegen, in Zukunft den Prinzipalen den Einwand zu nehmen, daß ein großer Teil der Werkmeister durch den Buchbinderwerkmeisterverband nicht vertreten werde.

Tariffbewegung der Angestellten in Ministerien.

Zu dem in unserer Donnerstag-Morgenausgabe veröffentlichten Verammlungsbericht erhalten wir aus den Kreisen der Angestelltenausschüsse der Reichsministerien eine Zuschrift, die das Abstimmungs-ergebnis, also die Annahme der Resolution des Referenten, anzeigt und dann fortsetzt: Selbst wenn die Abstimmung eine Mehrheit für die Resolution ergeben hätte, so könnte sie doch in keiner Weise für die Angestellten der Reichsministerien bindend sein. Zu der Versammlung hätte jeder ohne Legitimation Zutritt, es konnten also auch völlig Unbeteiligte mitstimmen. Einmal waren außer den Angestellten der Reichsministerien auch diejenigen der gewerblichen Staatsbetriebe, der preussischen Staatsministerien der direkt angeschlossen Behörden, und von diesen waren auch viele erschienen. Der Tarif aber, über den entschieden werden sollte, betrifft lediglich die Angestellten der Reichsministerien. Die Versammlung war daher ihrer Zusammenlegung nach nicht berechtigt, irgendwelche Beschlüsse über den Tarifvertrag der Angestellten der Reichsministerien zu treffen oder der Arbeitsgemeinschaft derselben ein Misstrauensvotum auszusprechen. Der Verammlungsbeschluss gibt die wahre Meinung der Angestellten der Reichsämter keineswegs wieder. Diese trat vielmehr in den kurz vor der Volksversammlung abgehaltenen Betriebsversammlungen der Angestellten der Reichsministerien klar und laut durch die einstimmige Annahme einer Entschliebung, die zum Ausdruck bringt, daß die Angestellten an dem Tarifvertrage festhalten und dem bestehenden Arbeitsausschuß als der geeigneten Vertretung der Angestellten ihr volles Vertrauen entgegenbringen. In diesem Sinne haben sich entschieden: das Auswärtige Amt, das Reichsfinanzministerium, das Reichsministerium des Innern, das Reichsjustizministerium Abteilungen I und II, das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsarbeitsministerium und das Reichscolonialamt.

Vom Reichsfinanzministerium legen die Abteilungen I und II Wert darauf, festzustellen, daß der Redner in der Volksharmonie, Herr Wurlicaal, der der Abteilung III dieses Ministeriums (Reichsbeurteilung) angehört, nicht befugt war, im Namen des gesamten Reichsfinanzministeriums zu sprechen. Aber auch von einer größeren Anzahl von Angestellten der Abteilung III steht bereits fest, daß sie mit der Aktion des in dieser Abteilung beschäftigten Funktionärs des Verbandes der Bureauangestellten nicht einverstanden sind.

In derselben Angelegenheit schreibt uns Herr Horn, Mitglied des Angestelltenausschusses im Reichswirtschaftsministerium und Mitglied des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, unser Bericht über die in der Versammlung nicht widersprochenen Aussagen des Referenten Wurlicaal fügt. Red. des „Vorw.“ sei irreführend, denn er verschweige, daß zu den Grundgehältern beträchtliche Teuerungszulagen kommen. So z. B. erhalten Bureauvorsteher, selbständige Buchhalter, Korrespondenten usw.

im 1. Jahr	2. „	3. „	4. Jahr
375,— M.	425,— M.	475,— M.	525,— M.

Hierzu für Ledige bei einem Einkommen bis 4800 M. 156,— M. und über 4800 M. 152,— M. für Verheiratete bei einem Einkommen bis 4800 M. 195,— M. über 4800 M. 190,— M. Teuerungszulage. Außerdem für jedes Kind eine Kinderzulage von 50,— M. Perfekte Stenotypistinnen, weibliche Bureauangestellte, Buchhalterinnen usw. erhalten

im 1. Dienstjahr	2. „	3. „	4. Dienstjahr
225,— M.	250,— M.	275,— M.	300,— M.

Hierzu gleichfalls die oben genannte Teuerungszulage bzw. Kinderzulage.

Das im Bericht erwähnte Stigma von 125 M. für Anfängerinnen ist gedacht für solche Anfängerinnen, die von der Handelsschule ihre erste Bureauangestelltentätigkeit aufnehmen. Auch zu diesem Gehalt würde der in Frage kommende Teuerungszuschlag treten.

Sehr wichtig ist ferner, daß für die allermeisten Angestellten die Gehaltsstufe des vierten oder dritten Dienstjahres in Anwendung kommt, da ja die Kriegsdienstzeit berücksichtigt werden kann. Hierbei zeigte sich die Wichtigkeit des Mitbestimmungsrechtes des Angestelltenausschusses.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag: Veränderlich, aber vornehmlich bewölkt, in den Tagesstunden mäßig warm mit ziemlich zahlreichen, im Binnenland größtenteils geringen, an der Küste etwas stärkeren Regenschauern und langsam zunehmenden Abwechslungen.

Bericht für den Redaktion. Zeit: Alfred Scholz, Neudamm; für Angeln: Theodor Glode, Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Cramer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3. Preis 1 Blatt.



Weinbrand Cognac

Marke

Goldstück

Jacob Stück Nachfolger Hanau 1/11

Cognacbrennereien

Das Urteil im Münchener Geiselmordprozess.

Unter einem gewaltigen militärischen und polizeilichen Aufgebot und unter Beobachtung der denkbar schärfsten Vorkehrungsmaßnahmen erfolgte am Donnerstagnachmittag im Münchener Justizpalast die Verkündung des Urteils im Geiselmordprozess.

Nach Eröffnung der Sitzung teilte der Vorsitzende zunächst mit, daß er die Verhandlungen noch einmal eröffnen müsse, da sich in bezug auf die Angeklagten Sid, Hesselmann, Vermer, Danne, Huber und Riedmeyer die Rechtslage verändert habe.

das Leben gerettet

habe und deshalb unmöglich wegen Beihilfe zum Mord bestraft werden könne. Es kommt dann noch zu einer überaus heftigen Auseinandersetzung zwischen den Verteidigern, die bis auf den inzwischen abgereisten Rechtsanwalt Dr. Diebl nicht erschienen sind.

folgendes Urteil:

Im Namen des Freistaates Bayern erläßt das Volksgericht München folgendes Urteil:

Die Strafverfolgung gegen den Angeklagten Studenten Petermaier ist unzulässig.

Die Angeklagten Schmittle und Böll werden von der Anklage des achtfachen Mordes freigesprochen.

Berurteilt werden: Der Angeklagte Seidl aus Gabling bei Chemnitz und der Angeklagte Schidlofer wegen je zwei Verbrechen des Mordes zweimal zum Tode.

Die Angeklagten Diebl, Pürzer, Rehmer und Josef Seidl wegen je eines Verbrechens des Mordes einmal zum Tode.

Die Angeklagten Sid, Gsell, Hesselmann, Vermer, Danne, Huber und Riedmeyer je wegen eines Verbrechens der Beihilfe zu je 15 Jahren Zuchthaus.

Soweit die Freisprechung der Angeklagten erfolgt, trägt die Kosten die Staatskasse. In allen anderen Fällen fallen sie den Verurteilten zur Last.

Den zum Tode verurteilten Angeklagten werden die bürgerlichen Ehrenrechte dauernd, allen anderen, soweit sie verurteilt sind, auf die Dauer von 10 Jahren aberkannt. Ferner wird ihre Stellung unter Polizeiaufsicht für zulässig erklärt.

In der Begründung des Urteils wird ausgeführt: Während der Räterepublik war das Luisenpark-Gymnasium in München eine Kaserne der Roten Armee. Zu Ostern wurde der Hauptangeklagte Seidl hier Kommandant und war Obmann der Section 4 der R. V. D.

Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution wiederholt Gefangene zur Unterbringung im Gymnasium übermietet worden. Aber Seidl hat auch selbständig auf Demonstrationen hin Verhaftungen vorgenommen, und ließ sich alle

Gefangenen feils zur persönlichen Vernehmung vorführen. Es ist erwiesen, daß er sie dabei fast ohne Ausnahme sofort mit Erschießen bedrohte, sich auf keinerlei sachliche Verhandlungen noch Vernehmungen einließ und ihnen jede Aussicht benahm, etwa vor dem Revolutionstribunal zur Entkräftung der gegen sie erhobenen Anklagen zu erscheinen.

In den letzten Tagen des April hat er dann eine Anzahl dieser Gefangenen als Geiseln über Nacht ohne jeden Grund in einen Keller gesperrt, der als ein durchaus menschenunwürdiges Verließ bezeichnet werden muß, und in dem ein ehemaliges Krautgeschäft als Kellerräume diente.

eine Handgranate in den Keller werfen

zu wollen und daß man den Gefangenen jede Erleichterung rundweg abschlug. Das hat auch insbesondere der Angeklagte Schidlofer bestätigt. Am 26. April ist dann in das gleiche Verließ die ledige Sekretärin Gräfin Hella v. Westarp, ferner der Eisenbahnsekretär Daumenlang, die Kunstmaler Neuhaus und Zeile und am nächsten Tage noch einige weitere Mitglieder der Thulegesellschaft eingesperrt worden.

so wie so um die Ecke gehen

würden. Die Gräfin Hella Westarp wurde dann noch in einem besonderen Zimmer untergebracht. Am folgenden Tage wurde noch der Baron v. Teufert, der als Offizier der Weissen Garde bei einer Erkundungsfahrt ergriffen und festgenommen worden war, sowie zwei Weißgardisten eingeliefert.

Am Anschlag an diese Vernehmung fertigten Seidl und Levien unwahre Plakate

an, daß die Weissen Garde einen 68 Jahre alten Mann an einem Baum gebunden und erschossen hätten, daß Sanitäter der Roten Armee niedergeschossen seien, daß die Weissen Garde von Kossel vorgeschickt seien, um in München ein politisches Blutbad zu veranstalten, bei dem die Münchener Arbeiterschaft daran glauben müsse, und forderten schließlich die Arbeiterschaft zur Abwehr der „Preussischen Mutherrschaft“ auf.

Leute bereit fanden.

Seidl beauftragte seinen Adjutanten Kammerhädtler mit der Erschießung und sagte, er könne gleich nach Schidlofer, der bereits die Augenbinden angefertigt hatte, ging nunmehr von Zimmer zu Zimmer, um die Soldaten für die Erschießung zusammenzubringen.

die Erschießungen angeordnet

habe, weil er ja auch mal früher oder später erschossen werden würde, während Seidl zynisch äußerte, man könne die Leute doch nicht wieder lebendig machen.

Erleuchtung.

Roman von Henri Barbusse. Übersetzt von Max Hochdorf.

Endlich holt mich Maria eines Morgens ab. Ich soll inzwischen nach Hause gehen und warten. Sie findet mich im Krankenhaushof; das Krankenhaus ist früher eine Schule gewesen. Ich sitze auf einer Bank unter der Standuhr.

Der Vikar in unserer Kirche ist Sanitätsunteroffizier. Er sagt uns wiederholt, daß er die Leiden der Soldaten wie alle übrigen Geistlichen heilen will. Maria fragt: „Du sagst ihm nicht Lebewohl?“

Dann brechen wir wieder auf, um dem Leben entgegenzugehen. Wir durchschreiten einen schattigen Weg. Dann kommt die Hauptstraße. Wir marschieren langsam. Maria trägt mein Kleiderbündel. Himmel und Erde strömen zusammen.

Wir wohnen nicht weit. Bald sind wir wieder schrittweis bei alledem, was einstmals gewesen ist. Da wir näher kommen, zeigen und benennen sich die Einzelheiten vor unseren Augen mehr und mehr. Da, diesen Baum, der von Steinen umrahmt wird, ich kenne ihn ja. Ich kenne auch

diese verlassen und schon baufälligen Scheunen. Ich stohe sogar auf Erinnerungen, die sich in den wingigen Gehegen der Chausseesteine verstedt halten.

Aber Maria beobachtet mich mit einer unerklärlichen Spannung. Blöcklich fährt sie zusammen und sagt: „Du bist ja so eifrig!“

Ich erwidere: „Rein, nein!“ Wir machen halt, um uns auszuruhen. Wir essen etwas in einem Wirtschaftshaus und als wir in die heimischen Straßen einbiegen, ist es schon Abend geworden.

Maria deutet auf einen Mann, der an uns vorbeigeht: „Herr Rampalle ist im Kriege ordentlich reich geworden.“ Dann schwebt eine Frau vorbei, die in weiß und blau gekleidet ist. Sie verschwindet an einer Hausecke.

„Das ist Antonia Béron. Sie ist beim Roten Kreuz gewesen. Sie hat im Kriege eine Auszeichnung erhalten.“ Und ich sage: „Ja, alles ist anders geworden.“

Jetzt stehen wir vor unserem Haus. Die Entfernung, die zwischen der Straßenbahn und unserem Hause liegt, kommt mir viel geringer vor als es gewöhnlich der Fall war. Der Blau verkauft sich plötzlich. Er scheint enger und kürzer zu sein als früher.

Dann das Haus selber, dann die einzelnen Räume. Ich steige hinauf, ich steige wieder hinunter. Maria verläßt mich nicht wieder mit ihrem Blick. Ich erkenne alle Dinge. Ich erkenne selbst Dinge wieder, die ich früher gar nicht gesehen habe.

Endlich sagt Maria: „So, nun sind wir wieder daheim.“ Wir setzen uns hin, wir blicken uns an. „Was werden wir tun?“ so fragt einer. Die Antwort: „Wir werden leben.“

Ich denke nach. Maria blickt mich verstohlen an. Auf ihrem Gesicht liegt dieser geheimnisvolle, ängstliche Ausdruck, unter den ich mich beugen muß. Ich bemerke die Vorsicht, mit der sie mich betrachtet. Dann bedünkt es mich, daß ihre

welchen Schuldbeweisen gegen die beiden. Es wurde jedoch nichts gefunden. Danach wurde Professor Berger, der ein Plakat der Räteregierung abgerissen haben sollte, in das Gymnasium eingeliefert. Auch er wurde nicht vernommen, sondern es hieß: „Er ist auch einer von der Bande.“

einen schriftlichen Befehl

und erhielt den Befehl, daß dieser unterwegs sei. Inzwischen war Gölhofer offenbar selbst ins Gymnasium gekommen und außerdem der schriftliche Befehl durch die Angeklagten Sid und Pürzer von Gölhofer aus dem Kriegsministerium ins Gymnasium gebracht worden.

„Jetzt können wir's machen,

wir haben es mündlich und schriftlich.“ Kaufmann war damit einverstanden und bestimmte Gsell, ihm mit einem Schreibblock zu folgen. Sid, Pürzer und Hesselmann beteiligten sich dann an der Auswahl der Geiseln, und Hesselmann schrieb bei jedem „Erschießen“ dahinter. Die Angeklagten beteiligten sich ferner an der Abführung der einzelnen Gruppen in den Hof.

Schuldheines des Revolutions-Tribunals

war, wieder abführen und erklärte hinterher, er habe jetzt keine Zeit. Auch bei dieser zweiten Erschießung hat der Angeklagte Schidlofer die Soldaten ausgefucht. Auch diesmal wurde es ihm nicht leicht, da von den mehreren hundert Soldaten sich die meisten weigerten. Er mußte schließlich an eine eben von der Front zurückkehrende Gruppe herantreten, doch haben auch einige der Angeklagten mitgewirkt.

Den Angeklagten Danne, Huber und Riedmeyer konnte eine Beteiligung an den Erschießungen nicht nachgewiesen werden. Ihre späteren Ergänzungen lassen aber wohl erkennen, daß sie

das Vorgehen gegen die Geiseln gebilligt

haben. Hesselmann und Gsell übten die Kontrolle der zu Erschießenden, waren also auch nicht dagegen. Damit ist die Beteiligung aller Angeklagten bis auf Petermaier, Böll und Schmittle erwiesen. Zur Aburteilung dieser Sache ist das Volksgericht zuständig. Es haben in beiden Fällen der Erschießung die Angeklagten Seidl und Schidlofer durch gemeinsames Zusammenwirken die gleichzeitige Tötung der 10 Menschen herbeigeführt.

Seidl und Schidlofer waren von vornherein von dem Tötungsvorbehalt befreit, um die wankende Herrschaft der Räteregierung dadurch zu stützen. Beide setzten die von Gölhofer, Levien und Lebins-Rissen verfügte Erschießung der Geiseln mit Vorsatz und Ueberlegung durch. Sie können sich auch nicht darauf hinweisen, daß sie von ihren hochgestellten Hintermännern demnach beeinflusst worden seien, daß sie keinen eigenen Willen mehr hatten, sondern sie führten die Tötungen auch durch zur Befriedigung ihrer eigenen Nachgelüste.

Bei der Taum zu übertreffenden Schrecklichkeit der Tat gegenüber unschuldigen Menschen, darunter einer harmlosen Frau und einem ehrwürdigen Greise, hält das Gericht für Sid und Genossen die Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus und die Aberkennung

Augen von Tränen gerötet seien. Ich aber denke an das Krankenhausleben, das ich eben verlaße, und ich denke an die graue Straße, und ich denke an die Schlichtheit, die in allen Dingen ruht.

Schon ist ein Tag dahingegangen. An einem Tage hat sich die ganze Vergangenheit wieder aufgebaut. Ich bin wieder geworden, was ich einmal gewesen bin. Ich bin nur nicht mehr so stark und so ruhig, wie ich einstmals gewesen bin.

Aber die Wahrheit ist schlichter als sie früher gewesen ist. Ich erkundige mich bei Maria nach dem einen und dem anderen, und ich frage sie aus. Maria sagt: „Du fragst immer: warum? Wie ein Kind fragst Du immer!“

Doch ich spreche nicht viel Eigenes. — Maria müht sich eifrig um mich. Sie hat erschütterlich Angst vor meiner Schweigsamkeit. Da ich lange vor ihr dafitze, ohne ein Wort herauszubringen, sehe ich, wie sie ihr Gesicht in den Händen begräbt. Dann schluchzt sie auf, und sie fragt: „Was hast Du denn?“ Ich zaudere mit der Antwort. —

Dann antworte ich, um doch wenigstens etwas zu sagen: „Es bedünkt mich, ich sehe alle Dinge nur so, wie sie in Wirklichkeit sind.“

Maria sagt: „Armer Junge!“ Und sie weint weiter. Diese verwirrende Nümmernis rührt mich. — Es ist wahr, alles ist körperlich sichtbar, was hier vor mir steht und liegt. Aber es ist doch, als wenn man die Wirklichkeit davon abgeschält hätte.

Und dennoch, ich werde das Leben dorten wieder aufnehmen, wo ich es liegen gelassen habe. Ich stehe wieder fest auf den Beinen. Ich werde stärker und stärker. Ich bin noch feiner, mit dem es schon zu Ende ist. Ich bin noch einer, der von neuem beginnen muß. (Fortf. folgt.)

Der bürgerlichen Ehrenrechte sowie die Stellung unter Polizeiaufsicht für durchaus angemessen. Für ein Verschulden der drei letzten Angeklagten Petermayer, Schmitz und Woll- ergibt sich kein genügender Anhaltspunkt. Sie sind deshalb freizusprechen. Der Angeklagte Petermayer, der beschuldigt war, die Resolution mit einem eigenhändigen Vermerk an Seidl weitergegeben zu haben, ist in einem Vorverfahren wegen Beihilfe zum Hochverrat bereits zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt und mußte deshalb ausgeschieden werden. Damit hat die Verhandlung ihr Ende erreicht. Während des Gerichts den Saal verließ und die Zuhörer durch Militär und Polizei aus dem Saal gewiesen wurden, kam es noch zu

Dramatische Szenen

zwischen den Angeklagten. Der Hauptangeklagte Seidl erklärte: „Das ist hier dasselbe Theater wie immer bei uns im Gymnasium. Hier wie dort fand keiner sein Recht.“ Ein anderer Angeklagter rief Seidl zu: „Bruder, so sterben wir alle zusammen!“ Zu dem meinenten Angeklagten Hestermann gewandt, rief Seidl hindüber: „Der größte Schutz in dem Prozeß bist du gewesen!“ Darauf stürzten die Angehörigen der Verurteilten in den Saal, und es gab viele Tränen und Bestürzungen.

Groß-Berlin

Die Versammlungen vom Mittwochabend.

Nachträglich wird uns noch berichtet:

Charlottenburg. Der große Saal des Volkshauses war bis auf den letzten Platz gefüllt. Brausender Beifall lohnte den Redner (Name fehlt). In der sehr lebhaften Diskussion beteiligten sich Jacobson (N. P. D.) und Döbbs (U. S. P.) in rein unpaffoser Kritik, wie gewöhnlich. Unseren Genossen in der Diskussion sowie dem Referenten in seinem Schlusswort war es ein leichtes, diese Strafen zu widerlegen. Zum Schluß forderte Gen. Kano zur Agitation für Parteipresse und Wahlverein auf.

Friedrichshagen. Referent Gen. Heudel wurde hin und wieder unterbrochen von Zwischenrufen der Kommunisten und U. S. P. In der teilweise sehr stürmischen Diskussion wurde auch von Rednern unserer Seite Kritik an dem Geseß geübt, z. B. an der Zusammensetzung der Schlichtungsausschüsse, Wählbarkeit zu den Betriebsräten, die eine Karenzzeit von sechs Monaten vorsieht. Der Beifall, den der Referent bei seinem Schlusswort erhielt, zeigte, daß die Besucher der Versammlung im Prinzip mit dem Geseß einverstanden sind.

Konowes. 600 Teilnehmer, Referent Gen. Matern. Die Mehrzahl der Erschienenen waren Unabhängige, die einen Korreferenten bestellten und eine Resolution annahmen.

Treptow. 700 Besucher. Gen. Namobroch referierte. Beweise, daß der Referent das Richtige getroffen hatte, war die stürmische Unterbrechung der Unabhängigen. Ihr Versuch, die Versammlung zu sprengen, mißlang. In der Diskussion, an der sich alle Parteien beteiligten, wurde auch von unserer Seite scharfe Kritik an dem Geseßentwurf geübt. Infolge der langen Dauer der Versammlung hatte sich ein großer Teil, etwa 200 Personen, entfernt, so daß unsere Resolution mit einer knappen Mehrheit von 10 Stimmen abgelehnt wurde. Eine von den Unabhängigen eingereichte Resolution für Däumig's Käsestern wurde ebenfalls mit einer Mehrheit von 17 Stimmen abgelehnt.

Stresow. Vor dichtgefülltem Saal referierte Gen. Markwitz in ausgezeichnete Weise. Die Unabhängigen lobten. Die Entschiedenheit wurde von unseren Genossen angenommen.

Lichtenberg. Das Referat Cassaus fand alleseitigen Beifall. Kommunistische Verneinungsbredner wurden von den Gen. Arndt und Otto widerlegt. Das Schlusswort brüllten die unabhängigen Einzelstehen nieder, was aber die Annahme der Resolution mit überwältigender Mehrheit nicht hinderte.

Herausgabe von Flugblättern und neuen Zeitungen.

Das Oberkommando Kosle macht bekannt: Bei Anträgen auf ausnahmsweise Genehmigung von Flugblättern gemäß Verordnung des Oberbefehlshabers vom 22. August ist der genaue Wortlaut in vierfacher Ausfertigung dem Oberkommando vorzulegen.

Bei Anträgen auf Genehmigung von Tageszeitungen und stereotypierten Druckschriften ist ein genauer Bericht des Herausgebers beizufügen, aus dem die Tendenz und der beabsichtigte Inhalt der Zeitung und Druckschrift klar ersichtlich ist.

Es wird ferner darauf hingewiesen, daß den Vorschriften des § 6 des Reichsdruckgesetzes zu genügen ist.

Stimmungsbild aus der U. S. P.

Was wird geschrieben: Es war kurz nach der Versammlung der U. S. P. und A. P. D. Arbeiterräte in Berlin, in der mit Hilfe der Kommunisten der Beschluß auf Rückzug der U. S. P. aus dem Parlamenten gefaßt wurde. Einer unserer Genossen traf in einer Reimendoreser Volksversammlung, die von der U. S. P. einberufen war, mit einem Mitgliede des „roten“ Volksrates zusammen und besprach mit ihm die Konsequenzen dieses Beschlusses. Er bekam folgende Information: „Der Beschluß wäre nur zu begrüßen, denn in der Nationalversammlung käme die U. S. P. doch nicht zur Geltung und in den Gemeinde-Parlamenten würde die U. S. P. durch das Verhalten ihrer Anhänger blamiert.“ Dieses Urteil von einem, der es wissen muß, verdient der breitesten Öffentlichkeit bekannt zu werden. Noch wertvoller aber ist es, dieses Urteil an einem Beispiel zu illustrieren.

In Hennigsdorf besuchte die Gemeindevertretung aus 7 U. S. P., 2 S. P. D., 2 Demokraten und 1 Deutschnationalen. Bisher bildete die sozialdemokratische Mehrheit eine Fraktionsgemeinschaft, zum Besten der Gemeinde. Wegen den Führer der U. S. P. Dollbois wurde zwar von einem Teil seiner Genossen Sturm gelaufen, weil er in einer öffentlichen Versammlung die Ansicht geäußert hatte, daß bei der Zusammensetzung der Gemeindevertretung eigentlich der Arbeiterrat überläufig sei, und man sprach damals sogar von seinem Ausschluß, aber er hat durch sein neuestes Verhalten wahrscheinlich wieder Gnade gefunden.

Vor kurzem stand der Gemeindevorsteher zur Wahl. Die S. P. D. trat entsprechend dem Stimmverhältnis für die Wahl des Dollbois ein. Dieser erklärte, daß er die Wahl nur annehmen könnte, wenn er auch die Unterstützung der Bürgerlichen hätte, da er sich nicht für genügend durchgebildet halte. Dollbois wurde darauf Gemeindevorsteher! Bei richtiger Geschäftsführung mußten ihm nun noch 3 Sozialdemokraten und 1 Bürgerlicher als Schöffen zur Seite treten. Das Stimmverhältnis im Gemeindevorstand wäre dann 3 zu 1 gewesen und hätte eine gedeihliche Entwicklung zum Besten der Arbeiterklasse garantiert.

Was sich aber durch die Verbodtheit der U. S. P. bei der am Sonntag erfolgten Schöffenwahl abgespielt hat, ist geradezu Mächtig.

Die Bürgerlichen beanspruchten unter 3 Schöffen einen Platz. Die S. P. D. erhob demzufolge auch auf einen Schöffen Anspruch. Jetzt rühte die U. S. P. mit einer Erklärung heraus, daß sie wohl mit Bürgerlichen, aber niemals mit Reichstagsfraktion zusammengehen könnte. Das war gleichzeitig die Sprengung der Fraktionsgemeinschaft. Und was nun folgte, war offener Verrat an der Arbeiterklasse und Abkündigung des Willens der Wähler.

Die U. S. P. stellt eine Kandidatenliste auf, an deren Spitze der reaktionäre A. G. W. Direktor Krede gestellt wurde, ein von der Hennigsdorfer Arbeiterklasse scharf bekämpfter Mann, auf dessen Ansehen erst kürzlich — gegen das Geseß — die Arbeiterausschüsse in ihren Rechten erheblich beschnitten worden sind, damit der

unfähigen U. S. P.-Führung der Hennigsdorfer Arbeiter. Die S. P. D. lehnte auf Wunsch ihrer Wählerchaft ein Zusammengehen mit den Hennigsdorfer beider reaktionären Bürgerlichen ab. Veranlaßt durch die Kurzsichtigkeit der U. S. P. wurden nun folgerichtig — da die Bürgerlichen ja schon einen ihrer Kandidaten bei der U. S. P.-Liste sicher geboren wußten und ihre Stimmen also frei hatten — als Schöffen gewählt: 1 Bürgerlicher, von der demokratischen Liste und 1 Bürgerlicher und 1 U. S. P. von der U. S. P.-Liste.

Einschließlich des U. S. P.-Gemeindevorstehers stehen jetzt den beiden sozialdemokratischen Stimmen 2 bürgerliche Stimmen gegenüber. Oder richtiger, sie stehen sich eigentlich nicht gegenüber. Denn allein schon Herr Krede ist Gewähr dafür, daß die Führung in seinen Händen liegen wird. Man kann sich denken, wer künftig in Wirklichkeit die Gemeindegeschichte lenkt. „Revolution“ und Reaktion Arm in Arm. Ein schmachtvolles Bild läßt sich kaum denken.

Der U. S. P. aber gratulieren wir zu solch hervorragender Führung der Arbeiterklasse!

Ein erster Erfolg.

Die Angelegenheit des Sekretärs Lehmann vom statistischen Landesamt, die seit langem wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung die Gemüter der Beamenschaft erregte, ist, wie uns gemeldet wird, durch das energische Eingreifen der Zentralarbeitsgemeinschaft für Beamte zu einem raschen und glücklichen Abschluß gelangt. Lehmann war, wie erinnerlich, in seiner Eigenschaft als Obmann des Angestellten-Ausschusses gemahngelagt und vom Amt suspendiert worden. Die von der J. A. G. eingesetzte Kommission prüfte an der Hand der Akten und durch persönliche Vernehmungen die Angelegenheit. Die J. A. G. kam einstimmig zu der Ueberzeugung, daß Lehmann, der vom Minister des Innern als Obmann anerkannt war, gemäß § 14 der Verordnung vom 23. 12. 1918 nicht gemahngelagt werden durfte. Die Angelegenheit wurde persönlich dem Minister des Innern vorgebracht. Es wurde eine Nachprüfung erreicht, und diese führte zu der Zurücknahme der bereits angeordneten Erhebung der Anklage. Lehmann, der sich in der Erregung zu weit hatte hinreissen lassen, wird deswegen allerdings mit einer geringfügigen Geldstrafe belegt werden, auch mit Rücksicht auf anderweitige Differenzen in eine gleichwertige Stelle versetzt. Aber in der entscheidenden Frage ist, dank dem erwachten Solidaritätsgefühl der Angestellten, die politische Rechte der Beamenschaft zu nichte gemacht.

Zum Lädenstreik. Gegenüber dem Ergebnis der von der Firma Gebrauer Groß veranstalteten Untersuchung halten unsere Gewächspersonen die Angaben vollkommen aufrecht, daß in der erwähnten Groß-Filiale Nichtunterzeichneter der Protestliste gegen die Zwangswirtschaft der Verkauf nichtunterzeichneter Waren verteuert wurde. Rittellen wollen wir noch, daß die Firma Gebrauer Groß von uns mit der Drohung eines Vorgehens gegen den „Goewärtis“ die Rennung unseres Gewährsmannes, also eine für eine Reklamation ehrlose Handlung, zu erlangen gesucht hat.

„Eine Ohrfeige für den Vorwärts“ betitelt sich eine Notiz in der „Freiheit“ vom 17. Sept. (morgens). Diese angebliche Ohrfeige soll darin bestehen, daß die Ortsgruppe Charlottenburg des Bundes der Kriegesbeschädigten gegen die Aufnahme eines Verammlungsberichts, abgedruckt im „Vorwärts“ vom 7. Sept. unter der Ueberschrift „Massenprotest ohne Massen“, protestierte. Die Charlottenburger Gruppe hatte und zunächst ihren Protest zugesandt, wir ihn aber der Groß-Berliner Zentralstelle des Bundes zwecks weiterer Feststellung übergeben. Von dort haben wir einen weiteren Bescheid nicht erhalten. Festgestellt muß aber immerhin noch werden, daß auch die „Freiheit“ es nicht wagt, die Richtigkeit des Berichts zu bestreiten. Jetzt erhalten wir aber von dem Einsender des Berichts, einem langjährigen Parteifunktionär, der uns als zuverlässig bekannt ist, in dieser Sache eine Zudrift, wonach alles, was in unserem Bericht enthalten war, der Wahrheit entspricht und auch Zeugen dafür vorhanden sind. Unser Gewährsmann nimmt an, daß keiner von den Genossen des Reichsbundes diese Versammlung besucht hat, denn sonst wäre ihnen der Bericht nicht etwa so scharf, sondern eher noch so sanft erschienen. Hat man doch nicht einmal den Reichsbund für würdig gehalten, mit den Internationalen zusammen für die Freilassung Tiedts einzutreten. Im übrigen mögen die Charlottenburger „Reichsbund“-Mitglieder es beurteilen, daß ihre Gruppenleitung sich an das Organ des Internationalen Bundes wendet, damit dieses den „Vorwärts“ beschimpfe, der den Reichsbund stets zu unterstützen bemüht war und bleibt.

Wenn die „Freiheit“ keine anderen Ohrfeigen erhält, wie diese angeblichen, könnte sie glücklich sein.

Ankündigungen von Betriebsversammlungen, Gemeindevertretungs- und Arbeiteratssitzungen können wir nicht auch noch veröffentlichen. Der lokale Teil des „Vorwärts“ kann doch nicht ausschließlich aus Versammlungsanzeigen bestehen. Betriebsangehörige brauchen auch nicht erst aus der Zeitung zu erfahren, daß eine Betriebsversammlung stattfindet.

Wohnungen für Abgeordnete sind in erfreulich großer Zahl zur Verfügung gestellt worden. Bescheid wird den Genossen erst zugehen, wenn die preussischen und Reichstagsabgeordneten in Berlin eintreffen, voraussichtlich zwischen dem 20. und 30. September.

Heute juristische Sprechstunde von 3 bis 5 Uhr.

Anonyme Anzeigen an das mit der Verfolgung verschönten Heeresgutes beauftragte Referat „Erfassung“ des Reichsberwertungsamtes, Französische Str. 55/56 machen vielfach die Verfolgung der Einzelfälle unmöglich, da in der schriftlichen Anzeige Wesentliches fortgelassen ist. Die Anzeigenbereiter in infolge dessen selbst das von ihnen gewünschte Resultat und machen im übrigen auch die Auszahlung der ihnen zugehörenden Belohnung unmöglich.

Berlin Wild-West.

Ein unglaublich dreister Banditenstreich, wie man ihn bisher nur aus der oberirdischen Grenzegend gekannt hat, ist in Berlin verübt worden. Bei dem aus Ruffisch-Polen stammenden Kaufmann Simon Wolf, Charlottenburg, Passauer Str. 11, erlitten fünf Männer, von denen einer die Uniform eines Schutzmans trug, und nahmen, angeblich wegen Spionageverdachts, eine „Hausdurchsuchung“. Dabei fielen ihnen etwa 272 000 M. bares Geld und einige Wertgegenstände in die Hände. Damit nicht genug. Von zweien der Banditen wurde Wolf nun in einem bereitstehenden Auto unter fälschlicher Bedrohung mit geladenem Revolver nach der Jungfernhede transportiert und dort zum Aussteigen gezwungen, worauf das Auto davonraute. Wolf, der mit zu den größten Spielern Berlins zählt, soll reich Summen bis zu einer halben Million Mark bei sich geföhrt haben. Es liegt die Vermutung nahe, daß Bandenteufel Simons, die seine Verhältnisse kennen, als Täter in Betracht kommen.

Ein weiblicher Einbrecher, die eheverlassene Hedwig Kleinert, die ausschließlich von Diebstählen und Einbrüchen lebte, wurde in Neulöhnen verhaftet und dem Amtsgericht eingeliefert.

Wer ist der tote? Aus der Spree geföhrt wurde gestern vor dem Grundstück Gröbenufer 5 ein unbekannter junger Mann von etwa 18—25 Jahren. Er scheint ein Bootsmann oder ein Heizer von einem Dampfer gewesen zu sein.

Für 180 000 M. Schmuckstücken und Kleidungsstücke erbeutete ein Einbrecher vorgestern Abend in der Barbarossastraße, während die Wohnungsinhaberin im Dornbusch war. Die Wäsche ist S. K. gezeichnet. Unter den Schmuckstücken befinden sich Perlen-Körner, Perlen-Kollern, Kettenarmbänder, Broschüren usw. — Ein-

brecher plünderten in der Draniensr. 188 eine Arbeiterwohnung aus, sogar die ganze Ausstattung des schlafenden 15monatigen Kindes stahlen sie, ebenso die Kleider und Stiefel der Eltern und selbst die Mandoline.

Schmolschlebung. Auf dem Güterbahnhof Steglitz wurde durch Polizeiwachtmann Grundmann ein Beagun mit 38 Pfund Schmolschlebung; daselbst war als B a s h m i t t e l beklant.

Ein geheimnisvoller Mordanschlag. Der Fabrikbesitzer A. aus Döbbs wurde in Berlin von seinen vorzeiblichen Geschäftsfreunden in schwerbeschädigtem Zustande der Geschäftspapiere beraubt und auf dem Steinplate in Charlottenburg ausgekehrt. Die Täter haben dagegen eine Handtasche aus Krokodillleder (Kupferkofferform) sowie seine sämtlichen Schmuck- und Wertgegenstände unberührt gelassen. Nicht ausgeschlossen erscheint die Annahme, daß es sich hierbei um eine Art Wirtschaftsspionage handelt, die unseren Feinden das Material zur Nachahmung deutscher Fabrikate in die Hand spielen soll. Für die Ermittlung der Täter hat der Verurteilte eine namhafte Belohnung ausgekehrt.

Eine Witte deutscher Gefangener. Heinz Meyer, Compagnie A. G. Nr. 490, A. 2. bar Vaon (Nidne), Frankreich, littet hauptsächlich um Christbaumschmuck und Kiste für die Weihnachtsfeier.

Konzert des Bezirksbildungsanschlusses. Morgen Sonnabend, abends 8 Uhr, findet in der Aula des königlichen Realgymnasiums, Berlin, Elisabethstr. 57/58, das erste Konzert des Bezirksbildungsanschlusses statt, und zwar in Form eines Vollsiederabends. Mitwirkende: Herr Dr. Guttmann (Vortrag), Fr. Edw. Pfeiffer (Vortrag zur Laute), Herr Emil Kühne (Rezitation), die a-capella-Ver-einigung des Berliner Volksschors (Gesang). Das Programm ist sehr gut ausgewählt und verspricht einen angenehmen Abend. Einlassarten à 1 M. sind zu haben: Buchhandlung Bornhörs, Lindenstr. 2; Pfarrengeheimlich, Engelstr. 15; Volkstein, Riemannstr. 5; Bezirksorganisation, Belleisuestr. 7. Weitere Abende werden folgen. Die Groß-Berliner Arbeiter-schule wird zu zahlreichem Besuch dieser wertvollen Veranstaltungen eingeladen.

Erwerbslosenfürsorge. Ab 22. d. befindet sich die Geschäfts- und Zahlstelle Nr. 12, umfänglich die Stadtbezirke 122—188, 189a, 189d, 189f und 194—201, im Schulgebäude Remer Str. 24/25.

Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht hat mit Hilfe des Verbandes Deutscher Kinderkassen eine Kunstausstellung eingerichtet, die die Entwicklung der Schulkindersfürsorge sammelt und registriert werden soll. Auf Grund dieses Materials werden Auskünfte unentgeltlich an Behörden, Vereine und Persönlichkeiten erteilt. Eine Auswahl wertvoller Berichte, Richtlinien und Beschlüsse wird in Form von Lesemappen — Abbildungen vorbildlicher Einrichtungen als Glasbilder — erhältlich sein. Sprechstunden täglich von 11—1 Uhr, Potsdamer Str. 120.

Reutlingen. Ein Kinder- und Jugend-Sport- und Spielplatz verankert am Sonntag die Freie Turnerschaft. Mittags 1 Uhr führt die Turnertafel den Reizung vom Reuterplatz zum Jubiläumssportplatz in der Grenzallee. Den Rassenfreudigen folgen in bunter Reihe Spiel und Sport.

Cöpenick. Freitag, den 26. 8 Uhr: Volkstanzabend im Stadttheater, Friedrichstr. Vorzugstarif 1,25 M. für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder 50 Pf. Böhler, Reyer Str. 6 (Laden) und bei den Funktionären. An der Abendkasse 2 M.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Steglitz. 18.—20. d. M. 300 Gramm Graupen (70), 250 Gramm Narmelade und 250 Gramm Runkelrübe (62), 500 Gramm Kalau für werdende Mütter (22), 1 Kiste Schokolade (100 Gramm).

Marienthorf-Zubende. 500 Gramm ausl. Füllfrüchte (38) bis 21. September, 300 Gramm Reis, 500 Gramm Feigen, 500 Gramm ausl. Füllfrüchte auf nichtverwertete Rübenmüße 43, 44, 53, 66 und 69.

Pantow. Ab morgen Sonnabend 500 Gramm Narmelade (68 und 71). Ab 22. September 3 Päckchen Nischkäse (92).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

2. bis 8. Abt. Zu dem am Sonntag stattfindenden Volksfest in der Vahnenhofer (früher Bodbrauer), Fildenstr. 1—3, sind Einlasskarten zu 1 M. in den Bezirkskolonnen und am Sonntag an der Kasse erhältlich. Rassenverteilung nachmittags 2 Uhr.

32. Abt. Heute Abend, 7½ Uhr: Funktionärstzung bei Rathber, Gellertstr. 45. Mitgliederverzeichnisse mitbringen. Guldcheine zur Vorstellung im „Palhalla-Theater“ am 22. September bei Johann Vogel, Kopenhagener Straße 14.

42., 43., 46. bis 48. Abt. Sonnabend, 27. September, im „Reichspalast“, Selterstr. 35: Herbstfest. Karten bis zum 23. d. M. bei den Bezirksführern, dann nur bei Senfel, Urechter, Ede Turiner Straße.

31. Abt. Heute Abend 7½ Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Funktionäre bei Goldschmidt, Stolpeische Straße.

Marienthorf-Zubende. Sonntag, den 21. d. M., Familienausstellung nach Blankenfelde. Abfahrt vom Bahnhof Marienthorf 8½. Kartenpreise 5 M. bis Blanken, von dort nach Blankenfelde, Restaurant Schröder. Für Nachzügler nachmittags von Marienthorf 2½, Marienthorf 2½. Auch für Mitglieder unserer Jugendsektion.

Vereinigung der Beamten, Angestellten und Hilfskräfte der Gemeinden Groß-Berlins. Heute Freitag, 6½ Uhr: Vertrauensmänner-, um 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Berliner Rathaus, Zimmer 100. Tagesordnung: Aenderung der Organisation. Parteigenossen aus Kollegenkreisen als Gäste willkommen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Bund der techn. Angestellten und Beamten, Ortsgruppe Nord-west 1. Heute Abend 7½ Uhr im Vahnenhofer, Turmstr. 22/24. Versammlung. — **Freier Vahnenhof-Bund.** Tour I: 20/21. September, Friedriehs-walde, Ruchlager Vorst, Steinhilf, Wilmersdorf. Abfahrt 8 Uhr abends Stettiner Fernbahnhof. Oberwalde unsteigen. Führer Juppemeier. Tour II: Lehmitz, Gradowles, Draniensburg. Abfahrt Stettiner Fern-bahnhof Sonntag früh 6 Uhr 30 Min. Führer Pahl. Aenderminderung nach Gräman. Abfahrt Sonntag 7 Uhr 4 Min. Salschlicher Bahnhof. Treffpunkt Bahnhof Gräman. Am 26. September Mitgliederversammlung. Vortrag über Luchener Heide. — **Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.** Ortsgruppe Wilmersdorf. Sonntag nach Strauberg „Luchinger Volk“. Abfahrt 7 Uhr morgens. — **Arbeiter-Radfahrer-Verein „Groß-Berlin“.** Sonntag früh 7 Uhr Grube bei Potsdam. Lokal von Krüger. Radmittags 1 Uhr Bannjagd, Pankow. Start Pankowplatz. — **Vortrag.** Morgen, Sonnabend, 7½ Uhr, Gen. Dr. Max A p e l, Kula, Kiefernallee 12, über den Kampf der Weltanschauungen in alter und neuer Zeit“. Eintritt frei. — **Zentralverband der Handlungs-gehilfen, Bezirk Wilmersdorf, Galenbe, Schmargendorf.** Sonntag K u s s l u g. Treffpunkt Bahnhof Potsdam 10 Uhr vormittags. Potsdam—Tempeln—Caputh—Kradenberg—Teltow, per Dampfer nach Potsdam. Gäste willkommen. Instrumente mitbringen. — **Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag 10½ Uhr im Festsaal des Berliner Stadthauses, Klosterstr. 104, Ede Stralauer Straße, Jugenbeweise. Festvortrag von Ernst Däumig. — **Arbeiter-Steinographen- und Interimsmal.** Sitzung jeden Freitag, abends 7 Uhr, im Vahnenhofer, Fildenstr. 71. Anländer-Kursus nach Stolpe-Schäfer. Nachanmeldungen bis zum 26. September im selben Lokal. Parteigenossen, Arbeitersteinographen, welche keiner Vereinigung angehören, werden um ihre Adresse gebeten oder zu einer Besprechung heute, Freitag, und am 26., abends 7 Uhr, im Vahnenhofer, Fildenstr. 71.

Aus aller Welt.

Sturmflut.

Aus New York wird gemeldet: Aus Kufin in Texas wird berichtet, daß laut Nachrichten aus dem vom Sturm heimgesuchten Distrikt viele hundert Menschenleben verloren gegangen sind. Um Plünderungen vorzugehen, wurden Truppen nach den zerstörten Städten zur Aufnahme eines Patrouillendienstes abgefanbt. Große Stücke der Eisenbahn sind durch Sturm und Ueberschwemmung mitgerissen worden. Die Leichen von mindestens 1000 ertrunkenen Personen liegen am Strand der Rucers-Bay. Der Sachschaden wird auf 10 Millionen Dollar geschätzt.

Riesenbrand von Ostank.

Aus New York wird gemeldet: Am Sonntag ist bei der Standard-Dillkompagnie ein gewaltiger Brand ausgebrochen, der noch fortdauert. Am Montag explodierte der 25. Deltant. Eine große Anzahl Feuerwehrlöute wurde verletzt.

Opernhaus.
Carmen.
Anfang 6 Uhr.

Schauspielhaus.
Gespenster.
Anfang 7 Uhr.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7 U.: Kaufmann von Venedig.
Sonabend 7 Uhr: Clavigo.
Kammerspiele.

7 Uhr: Unterwegs.
Sbd. 7: Die Büchse d. Pandora

Theater l. d.
Königgrätzerstraße
7 Uhr: Kabale und Liebe.
Sonabend: Kameraden.
Sonntag 3 Uhr: Musik.
Abends: Kabale u. Liebe.

Komödienhaus
1/2. Liselott von der Pfalz.
Sonnt. 3 U.: Fünf Frankfurter.

Berliner Theater
1/2. Die Dame im Frack.
Sonnt. 3: Die tolle Komtesse.

Central-Theater
7/2. Die Schönste von Allen.
Uhr: Hoffmanns Erzählungen
Friedr.-Wilhelmst. Th.

7/2. Uhr: Weinende Erben.
Kleines Theater.
8 Uhr: Summa Summarum.
Kl. Schauspielhaus.

7 Uhr: Krach.
Komische Oper
7/2. U.: Liebeszauber.
Sonntag 3/4 U.: Liebeszauber.
Lustspielhaus

7/2. Uhr: So ein Mädel.
Metropol-Theater.
7 Uhr 20: Die Fälschung.
Neues Operettenhaus.

7/2. U.: Die Dame vom Zirkus.
Schiller-Theat. Charl.
7/2. U.: Flachsmann als Erzieher
Thalia-Theater

7/2. U.: Junger Sonnenschein
Th. am Nollendorfplatz
7/2. Uhr: Die Puppe.
Theater des Westens

7/2. U.: Die Frau im Hermelin
Sonnt. 3/4: Die lustige Witwe.
Theater d. Friedrichstadt
7/2. U.: Vier Einakter.
Wallner-Theater

7.15 Uhr: Eine Ballnacht.
Sonnt. 3.15 U.: Eine Ballnacht

Residenz-Theater.
Untergrund. Klosterstraße.
Stadtbahn jannowitzbrücke.
Täglich Heute 236. Male
8 Uhr zum 236. Male

Das höhere Leben.
Komödie von Sudermann.
Sonabend nachm. 4. kleine Pr.:
Hänsel und Gretel.
Sonntag nachm. 4. kleine Pr.:
Gespenster.

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Untergrundbahn Friedrichstr.
Täglich Heute 363. Male
8 Uhr zum 363. Male

Der gute Ruf
Komödie von Sudermann.
Sonabend nachm. 4. kleine Pr.:
Aschenbrödel.
Sonntag nachm. 4. kleine Pr.:
Johannisfeuer.

Walhalla-Theater.
7/2. Uhr: Das Gesetz.

Rose-Theater.
7/2. Uhr: Kleine Sklavin.

Luisen-Theater.
7/2. Uhr: Strandgut

7/2. Uhr: Aschenbrödel.
Sonntag 3 Uhr: Dorf und Stadt.

Casino-Theater
Lothringersstraße. Tägl. 7/2. U.:
Großstadt-Pflanzen

Volksstück in 3 Akten.
Vorher: Schwarzwaldbäbe.
Operettenakt m. Viktor Litze.
Dazu erstklass. Spezialitäten.
Sonntag 1/4: Mädchenehre.

Winter-Garten
Täglich 7/2. Uhr

Variété-Spielplan
Rauchen gestattet!

METROPO
KABARETT
GEMENSTR. 33

Max Marzell
Paul Steinitz
Walter Steiner
Fritz Berger
Carl Eder
Räina v. Postema
Jersey u. Juliette
Ethel Gard.
Künstl. Leitung
Flaino
Am Flügel: Henschel
Kapelle:
Mundl Neumann.

Volksbühne Theater
7/2. Uhr: 's Jungferngift.

Lesing-Theater
Direktion: Victor Barnowsky.
7: Peer Gynt.
Sonabend 7/2: Der Schöpfer.
(Albert Bassermann.)
Sonntag 7/2: Der Schöpfer
(Albert Bassermann.)
Deutsches Künstler-
Theater.
7/2: Das Schloß am Wannsee.
Sonabend u. folg. Tage 7/2:
Das Schloß am Wannsee.

APOLLO THEATER
Dir.: James Klein
Friedrichstraße 218
7/2. September 7/2.
Sonnt. 3/4 u.

Weltmeister
Erich Rahn
deutsch. Polizeilehrer
überwält. selbst den
best. Ringkämpfer im
Jiu-Jitsu-Kampf

4 Urbanis
die best. Akrobaten
der Welt

? Hennings?
3 Mackweys
die Urkomischen

Mestrum
die komische Type

Alvers & Partner
Luft-Akt

James Basch
Humorist

3 Cartellas
berühmte Jongleur-
Familie

Fürst
Universal-Akt

Sonntag 3/4. Jeder
Erwachs. 1 Kind frei

Theater am Kottbusertor
Tel.: Moritzpl. 14814.
7/2. Uhr und Sonntag
nachm. 3 Uhr:

Elite-Sänger
Seldel, Ruselli,
Schubert, Horst,
O. Schrader etc.
Neues Programm!

Großer Lacherfolg!
Sonnt. nachm. ermäß. Preise.
1 Kind frei!

Büchgen-Konzert Beg. 7 U.

Reichshdl.-Theater
7/2. Uhr u. Sonntag
nachm. 3 Uhr:

Stettin. Sänge
nachm. halbe Dr.
Reichshdl.-S.:
Dönhoff-Breitl.

Vergnügungs-Palast
Groß-Berlin
Safenstraße 13-15.

Ringerwettstreit
Freitag singen:
Gebhard (Reichshdl.)
gegen
Stolzengold (Reichshdl.)
von Deutschland)

Zwei große
Entscheidungskämpfe

Günther Borelais
gegen
Raber (Österreichland)

Süßheim:
Gt. altgermanischer
Krautringkampf
mit Kreuzschlag

Richter gegen Kornah.
Richter hat Kornah her-
ausgefordert. Von dem
unparteiischen Schiede-
richter Herr S. Stabener
und für den Sieger in
diesem Kampf 300 M. ge-
richtet. Bei diesem Kampf
kommt als Sieger nur die
rohe Naturkraft in Frage.
Beginn d. Konzerts 4 Uhr.
der Vorstellung 6 Uhr. der
Krautringkampf 8 Uhr.
Vorher:
Spezialitäten-Programm.

Central-Park
am Bbl. Friedrichstr.

Schleifenbahn
Figur-8-Bahn
Berg- und Talbahn

Taifun-Rad
! Hippodrom-Noblesse!

Werktags ab 3, Sonnt. 4 U.

BRAUNES DIELE
ALEXANDERSTR. 53

Max Marzell
Räina v. Postema
Paul Coradini
Hansi Tischler
Fritz Berger
Karl Stöhr
Am Flügel: Sagawa
Günstl. Leitg.: Helmut
Kapelle: Ebener

Heute Größung!

MADAME DUBARRY
REGIE ERNST LUBITSCH
HAUPTROLLEN
POLA NEGRI
HARRY LEDIGE
EMIL JANNINGS
ED. WINTERSTEIN
REINH. SCHÜTZEL
UNION LEONARD

UFA PALAST am ZOO

Neue Philharmonie
Köpenicker Straße 96-97. Untergrundbahn: Janselbrücke.

Okarina. Seemannsurlaub an Land
und
Rose von Stambul.
Originalmusik mit Fritz Massary.

Sport-Palast

Potsdamerstr. 72. Hochbahn Bülowstr.

Zwei Uraufführungen
Malaria
Die Sensation des Tages mit Ballett Charel.

Melodien des Herzens
Ada Svedin, tägl. persönlich in ihrem
Tanz Frühlingswachen
von Mendelssohn-Bartholdy.

Vorverkauf 10-3

Schaubühne Moritzplatz

früher Duggenbogen. Dir.: Schwarzer Kater

Persönliches Auftreten von
Ernst Lubitsch und
Ossi Oswald.
Ferner das
Riesen-Variété-Programm.
Bier-Restaurant.

Sämtliche Plätze zum Einheitspreis von
2 Mark. Anfang 8 Uhr.

Landgerichtsrat a. D. Dr. jur. Wilhelm v. Kirchbach
pers. z. sprechen Potsdamer Str. 115.
(Lützowstr.) Langjähr. Erfahr. Zuverläss. Rechtsbeistand in
Ehe-, Alimenten- u. Vertrauenssach., Gesuche, Verträge, Er-
mittlungen. - Beobachtungen. Tel. Lützow 7494.

Was ist
Technische Nothilfe?
Eine militärische Truppe?
Nein!

Ankauf von Juwelen
Brillanten
STOESS, Friedrichstrasse 158, I.

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a
3 Minuten vom Bahnhof Frankfurter Allee.
empfehlen gute preiswerte Möbel.
Einrichtungen in jeder Preislage.
Ganz besonders große Auswahl in
Schlaf-, Speise-, Wohn-, Herrenzimmern
jedem Geschmack entsprechend.
154 Musterräume, Lagerräume, 6000 qm Gr.
Versand nach allen Plätzen Deutschlands.
Besichtigung lobend, ohne Kaufzwang.
Wochentags von 8-7 Uhr geöffnet.

5000 Fahrradlaufdecken
Stück 50, 55, 60, 65 Mark.

5000 Luftschläuche Stück 30, 35 und 45 M.

Große Schlauchreifen, Motorradreifen, Autoreifen.

Versand nach auswärtig gegen Nachnahme. 787D

Ernst Machnow, Berlin C, Weinmeisterstr. 14

Circus Busch
Tägl. 7/2. Stg. 3/4 u. 7/2 U.
Die großen equestrischen
und hypologischen
Darbietungen.
Ein wirkl. Circus-Programm!!

Admirals-Palast.
Internat. Boxwettkämpfe
in allen Gewichtsklassen
um die
Meisterschaften
von Deutschland.
Anfang 8 Uhr.

Admirals-Kino
Uraufführung
Wanda Barska
mit Pola Negri.

Theater am Moritzplatz

Die Liebe des Bastard
Soz. Drama in 6 Akten.
Hauptdarsteller:
Rose Veldtkirch
Ludwig Hartau
Regie: Max Mack.
Außerdem:
Arnold Rieck
in dem Lustspiel
Der Doppelmensch
6.30 8.30

Taentrien-PALAST
Stuart Webb
Ernst Reicher
Die Brüder von
St. Parasitus
Der Karnerbauer
keiner Frau
Hausputz
Paul Heidemann
5. 6. 8. 11

UFA KAMMER
LICHTSPIELE
Der Kriegsgewinnler
Zeitbild in 6 Akten
mit:
Henrik Melberg
Anton v. Verdler
Wochentags 7/2, 9/2 Uhr
Sonntags 4, 6, 8 Uhr

BILD
Potsdamer Str. 34
Uraufführung
Das Lächeln der kleinen Beate
mit
Hilde Wörner
persönlich anwesend.
Turnstr. 12
Fern Andra
Die Rache
des Titanen.
Alexanderplatz-Pass.
Friedenau, Rheinstr. 14
Strandbergers
Rausch
mit Asta Nielsen.

Photo-Apparate
gut erhalten mit
bester Optik. Kauff
zu höchsten Preisen
Rodenstock
(Brack & Cie)
Friedrichstr. 59-60
Leipzigstr. 101-102
Rosenthalerstr. 45
Joachimthalstr. 44
Erbilden Ansichtsendung

Uranus Blut
Zur Ausscheidung aller scharfen
und kranken Stoffe aus
Blut und Säften, gegen Blut-
andrang, rotes Gesicht, Haut-
unreinigkeiten ist mein Blut-
reinigungspulver Salfarin
seit über 25 Jahren wirksam
erprobt. Sch. 2.50. Ueb. 3
Schacht. 7.25. Otto Reichel,
Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.

UFA KURFÜRSTEN-DAMM UT
Kitsch
Die Tragödie einer Intrigantin
mit
Edith Posca
Johannes Riemann
Regie: Lupu Pick
Wochentags 7/2, 9/2 Uhr
Sonntags 4, 6, 8 Uhr

UFA Mozartsaal
Das Spiel von Liebe und Tod
Schauspiel mit
Hella Moja
und Alf Blütecher
Regie: Urban Gad
Proms-, Ehren- und Freikarten
haben keine Gültigkeit
Wochentags 7/2, 9/2 Uhr
Sonntags 4, 6, 8 Uhr

Zähne, 3 M. Teilw. wöchentl. 1 M. Plomben 1.50. Gold-
kronen 18 M. Zahnziehen m. Einspr. höchst
an schmerzlos. Umarb. schlechts. Gebisse. Rep.
Zahnarzt Wolf sof. Potsdamer Str. 55. Hochb. Sprechz. 9-7.

Die Stelle des
2. Bürgermeisters der Stadt Königsberg i. Pr.
ist, da der bisherige Inhaber in den Ruhestand tritt, zum
1. Januar 1920 neu zu besetzen. Die Anstellung erfolgt
nach dem in der Städteordnung für die besoldeten Ma-
gistratsmitglieder vorgesehene Bestimmung auf 12 Jahre.
Das ruhegehaltsberechtigte Gehalt ist vorbehaltlich der
Genehmigung durch den Bezirksausschuß auf 17 000 M., stei-
gend alle 3 Jahre um 1 800 M. bis auf 21 500 M., festgesetzt.
Daneben wird bis auf weiteres eine Teuerungszulage von
3 000 M. und Kinderzulage von 400 M. für jedes Kind ge-
währt. Die Uebnahme besoldeter Nebenämter ist nicht
gestattet. Bei Dienstunfähigkeit wird ein durch Ortsrat
gestelltes Ruhegehalt gezahlt. 129/18

Geeignete Bewerber werden ersucht, ihre Bewerbungen
unter Beifügung eines Lebenslaufes und der die Befähigung
nachweisenden Zeugnisse an den Unterzeichneten -
Kneiphöfisches Rathaus - bis zum 15. Oktober 1919 ein-
zusenden.

Königsberg i. Pr., den 16. September 1919.
Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Mertins.

Für unsere in Hagen i. W. neu errichtete Partei-
druckerlei (S. P. D.) mit Zeitungsverlag suchen wir einen
Geschäftsführer
möglichst gelehrter Buchdrucker. Gewünscht wird eine
nur tüchtige Kraft. Ausführliche Bewerbungen mit Gehalts-
ansprüchen und Angabe, wann frühester Eintritt erfolgen
kann, sind bis zum 10. Oktober cr. an den Parteisekretär
Martin Hirdes, Hagen i. W., Steinstr. 12, zu richten.

Kunstschlosserlehrlinge,
frühtige, gesunde, werden ein-
geholt. 197a
C. Noe, Joh. Herm. Rabe,
Schloßherr- und Treibschmied,
Reinholdstr.-Ost,
Sommerstr. 15/21, am Bahnhof
Schönholz.

Mechaniker,
der bereits längere Zeit auf
Laboratoriumsgeräten (Geo-
metrie, Bauplanimeter ufm.)
gearbeitet hat und diesen Beruf
selbstständig erlernen kann, sucht
lohnende Stelle. 7831b
F. F. Ladda, O 27,
Blumenstr. 50.

Perfekte Blusenmäherrinnen,
in und außer dem Hause, ver-
langt sofort. 7822D
Max Müller junior,
Krausenstr. 35/36.

Perfekte Kleiderarbeiterinnen
im Hause bei hohen Löhnen
verlangt sofort. 7822D
Max Müller junior,
Krausenstr. 35/36.

Sadenverkäuferin
repräsentable Dame, gewandt im Verkehr mit
feiner Kundenschaft, für den Verkauf von Schreib-
maschinen, Schreibmaschinenzubehör, Kantor-
einrichtungen, Registrieren u. Parrottel gesucht.
Kenntnis des Maschinenschreibens erwünscht. Die
Stellung ist bei zufriedenstellender Leistung
dauernd. Wir bieten um Offerten mit Gehalts-
ansprüchen und Angabe bisheriger Tätigkeit
unter Aufsicht der Zeugnisse an die 7840D
Konstantin Schreibmaschinen G. m. b. H.,
Berlin W, Friedrichstr. 83 i-1. Adm. Direktion.

Straßenhändler
für den
„Vorwärts“
stellt ein die Hauptexpedition, Lindenstraße 8.
Ansträgerinnen
für den „Vorwärts“
werden eingestellt in folgenden Filialen:
Berlin: Ackerstr. 174, am Koppenplatz. - Prinzenstr. 31, Hof part. - Stoßmann.
W. Blumenthalstraße 8, Hof. - Markusstr. 35. - Döll, Immanuelkirchstr. 24.
Melle, Petersburger Platz 4. - Zinke, Lindenstr. 3, Laden. - Joseph, Wilhelmshavener
Straße 48. - Lausitzer Platz 14/15.
Schöneberg: Belziger Straße 27.
Steglitz: Ziegeldecker, Schildhornstr. 11.

